



FONDATION  
ARCHIVUM HELVETICO-POLONICUM  
Fribourg

# POLEN

## WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER:  
UNIVERSITÄTS-PROF.  
DE LADISLAUS LEOPOLD  
RITTER v. JAWORSKI

### INTERESSEN

REDAKTION UND ADMINISTRATION  
WIEN 2. WIPPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60 H. - 50 Pf.  
JAHR 4 POSTVERS. FK-644  
TELEFON № 39566  
POSTSCHECK-KONTO 150678

Nummer 97

3. November 1916

2. Jahrgang

### INHALT:

Nachteil und Nutzen polnischer Historie.  
Aus der politischen Tageschronik.  
Historische Erinnerungen.  
Die Legionen auf dem Kampffelde.  
Aus Kongreß-Polen.

Glanz und Verderb der polnischen  
Republik.  
Vom Lesetisch des Krieges.  
Wirtschaftliche Mitteilungen.  
Kleine Mitteilungen.

Im Einzelverschleiß zu haben bei Hermann Goldschmiedt G. m. b. H., Zeitungs-  
büro und Buchhandlung, Wien, I., Wollzelle Nr. 11. und in den meisten  
Buchhandlungen. — Wiederverkäufer im Oesterreich-Ungarn und im Deut-  
schen Reich durch das Zeitungsbüro Goldschmiedt.

**Leon Wasilewski:** „Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland.“

48 Seiten. — Preis 60 Heller = 50 Pf.

Zu haben bei der Administration der Wochenschrift „POLEN“, Wien, I., Wipplingerstraße 12.  
Generalvertrieb bei Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Zeitungsbüro und Buchhandlung,  
Wien, I., Wollzeile Nr. 11.

**Einbanddecken für „POLEN“.**

Abnehmer, die die **abgeschlossenen Vierteljahrsbände** dieser Zeitschrift binden lassen wollen, können geschmackvoll ausgestattete **Leinen-Einbanddecken**

von unserer Administration zum Preise von K 2.— = 1.60 Mark, einschließlich Postversand, beziehen. — Gebundene Exemplare der bisher vorliegenden sieben Bände von „Polen“ sind durch die Administration, durch alle Buchhandlungen und durch die Generalvertriebsstelle Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Wien, I., Wollzeile Nr. 11, zum Preise von K 9.20 = 8.— Mk., zu beziehen.

**Dr. MIECZYSLAW SZERER:**

**STUDIEN ZUR BEVÖLKERUNGSLEHRE POLENS**

Preis: 60 Heller — 50 Pfennig.

Verlag: Wochenschrift „Polen“. Zentralvertrieb: H. Goldschmiedt, Wien, I., Wollzeile 11.

# POLEN

## WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER:  
UNIVERSITÄTS-PROF.  
DR. LADISLAUS LEOPOLD  
RITTER V. JAWORSKI

INTERESSEN  
REDAKTION UND ADMINISTRATION  
WIEN I. WIPPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60H. = 50 Pfg  
1/2 JAHR M. POSTVERS. 7K. = 6Mk  
TELEFON N<sup>o</sup> 39366  
POSTSCHECK-KONTO 150678

Jacek Sygnarski  
Beau Chemin 7  
1722 Bourguillon  
Telefon 037 / 2233 54

Nr. 97

3. November 1916

2. Jahrgang

### Nachteil und Nutzen polnischer Historie.

Deutsche und Polen tun gut daran, wenn sie nicht allzusehr darüber sich erhitzen, ob es ein polnischer Befreiungskrieg oder ein deutscher Verteidigungs- und Sicherungskrieg. Das Recht der einen national-egoistischen und ethnozentrischen Auffassung steht dem Rechte der anderen durchaus nicht im Wege. Geschichtsphilosophie hat nicht die Aufgabe, für die praktische Tagespolitik unmittelbar anwendbare Formeln zu liefern. Sie geht zu oft auf das Absolute und scheinbar Unverwundbare; Politik aber auf das Bedingte, also auf Kompromisse. Geschichtsauffassungen, die vermeintlich einander völlig ausschließen, können doch durch das Mittel der Realpolitik, sozusagen auf dem in der Chemie als Katalyse bekannten Wege, eine recht brauchbare, ja die einzig brauchbare Formel ergeben. Darin liegt der große, unschätzbare Wert der Äußerung des Deutschen Reichskanzlers vom 5. April, daß sie zwischen Deutschen und Polen eine solche reale Gegenwartsformel aufstellt: „Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten nicht die Absicht, die polnische Frage aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harret ihrer Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden sie lösen.“ Eine Formel ist gegeben, die sich anscheinend — aber wirklich nur anscheinend — über zwei Jahrhunderte der Geschichte hinwegsetzt, deren praktische Anwendbarkeit sich gleich bleibt, ob es nun ein polnischer Befreiungskrieg oder ein deutscher Verteidigungs- und Sicherungskrieg.

Für die real-politische Anwendbarkeit ist es auch gleichgültig, daß die Polen die Zwangsfolge der geschichtlichen Ereignisse, die bis zum notwendigen, weil einzig logischen Siege jener Formel führen mußten, viel weiter zurückgehen lassen als die Deutschen. Seit fünf Vierteljahrhunderten lautet der oberste nationale Glaubensartikel der Polen, daß die polnische Frage gelöst werden muß, und für sie gibt es daraus eben keinen anderen Schluß als den einen, daß der Untergang der Republik nicht „notwendig und unvermeidlich“ war. Ursprung und Quelle des Weltkrieges, als eines Krieges zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland, bleibt für sie der Untergang ihres Staates, der einst durch seine Lage einen solchen Zusammenstoß unmöglich machte — so lange wenigstens die Republik auf diesem großen Stück der europäischen Landkarte die einzige vernünftige Neutralität aufrechtzuhalten vermochte, die Neutralität des Starken. Und daß jetzt, eben nach dem Sinn jener Worte des Deutschen Reichskanzlers, die Wiederherstellung eines polnischen Staates alle Erörterungen beherrscht, scheint den Polen das kräftigste argumentum a contrario für die Richtigkeit ihres Verhältnisses zum Weltkriege. Sie sind außerstande, die Weisheit von Baumeistern einzusehen, die niedergerissen haben, was späte Enkel, mühsam nach anderen Formen suchend, wieder aufbauen wollen, damit ihre eigenen Häuser Sicherheit wiedergewinnen, welche, vor dem Abbruch des alten Nachbarbaues Jahrhunderte lang vorhanden, durch ein bloßes Stützen des Bauwürdigen im vollen einstigen Ausmaße herzustellen gewesen wäre. Inmitten der geschichtlichen Geschehnisse des Großen Krieges werden und müssen die Gedanken der Polen immer wieder zu jener berühmten Resolution der Kaiserin Maria Theresia zurück-

kehren, aus deren Worten die deutlichste, die tiefste staatsmännische und ethische Voraussicht dieses Weltkrieges spricht.

Solches Festhalten an den Grundlagen ihres Verhältnisses zum Großen Kriege hindert aber die Polen nicht, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die anderen Nationen in diesem Kriege, daß vor allem die Deutschen ihr eigenes Verhältnis dazu ganz und gar nur aus der Gegenwart ableiten wollen. Gerade dort, wo man seit hundert Jahren nicht müde wurde, selbstgerecht und vorwurfsvoll die Polen zum Zurückblicken in den Quell der Vergangenheit aufzufordern, will man jetzt plötzlich den heutigen Tag der Geschichte als seinen eigenen Vater, von keinem Gestern und Vorgestern geboren, gelten lassen. Solches Kuriosum der Völkerpsychologie soll hier lieber ohne nähere Untersuchung bleiben. Viel zu heikle Dinge müßten da berührt werden, wunde Stellen in der Seele und im Gewissen der Nationen, die erst im gegenseitigen Verstehen zu lernen haben, wie man in der Geschichte jedweden „Resentiments“ sich entledigt. Bevor aber solches Ergebnis erlangt ist, das sich hoffentlich unter den neuzuschaffenden Nachbarschaftsbedingungen der Polen bald einstellt, ist es gut, sich zu erinnern, daß jener deutsche Denker altpolnischer Herkunft, der das Wesen des „Resentiment“ so gründlich überdacht hat, Nietzsche, auch den Nutzen der Historie für das Leben gerühmt und vor ihren Nachteilen gewarnt hat. „Es gibt einen Grad . . . . . von historischem Sinn, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt und zuletzt zugrunde geht, sei es nun ein Mensch, ein Volk oder eine Kultur.“ Aber auch: „Das Unhistorische und das Historische ist gleichermaßen für die Gesundheit eines Einzelnen, eines Volkes oder einer Kultur nötig.“ Denn das Leben brauche den Dienst der Historie, ebenso sicher schade ein Uebermaß der Historie dem Lebendigen. Und wenn der Philosoph recht hat, daß jedes große geschichtliche Ereignis in einer unhistorischen Atmosphäre entstanden sei, und „das Vergessenkönnen oder, gelehrter ausgedrückt, das Vermögen, während einer Dauer unhistorisch zu empfinden“ erst das kleinste und das größte Glück zum Glück mache, — dann mag man in diesem Augenblicke nur ruhig an den Inkongruenzen der verschiedenen nationalen Auffassungen über Ursprung und Sinn des Großen Weltkrieges vorbeigehen, wenn nur Einverständnis erzielt wird über das unerläßliche Mindestmaß an gemeinsamen und übereinstimmenden geschichtlichen Voraussetzungen.

Da gibt es nur einen Punkt, tatsächlich einen einzigen, aber auch einen entscheidenden, bei dem die polnische Geschichtsauffassung des heutigen Augenblicks unverrückbar beharren muß. Eine geschichts-philosophische Tagesmode will es haben, daß Deutschland, „das Herzland Europas“, allezeit an allen seinen Fronten bedroht gewesen wäre. Keine Mode war törichter und verkehrter als diese. Das gerade Gegenteil ist das Richtige: Deutschland hatte niemals eine bedrohte Front nach Osten, so lange es einen polnischen Staat gab. Ohne wirklichen Krieg, nur stoßweise vordringend, konnten die Deutschen die wendischen Lande Ostelbiens besetzen. Nur kurze Zeit währten im Mittelalter die deutsch-polnischen Kämpfe, in denen Polen seine politische Grenze nach Westen sicherte, seine ethnographische Grenze bekanntlich aber niemals abschloß, sondern im Gegenteil immer wieder neuen Scharen von deutschen Kolonisten öffnete. Und jene Kampfzeit liegt jetzt acht Jahrhunderte zurück! Der Kampf Polens mit dem Deutschen Ritterorden war eine singuläre geschichtliche Erscheinung, auf die jene Vorstellung von einer offenen Front Deutschlands gegen Osten absolut unanwendbar bleibt. Alle Absonderlichkeiten, die Professor Dietrich Schaefer so reichlich über die polnische Frage vorzubringen weiß, werden sein Verdienst nicht schmälern, das darin liegt, daß er als Erster so nachdrücklich in Deutschland gegen die Fabel von der deutsch-polnischen „Erbfeindschaft“ aufgetreten ist. Aber auch er hat freilich versäumt, „den Punkt auf das i zu setzen“, wo er hingehört, auch er hat nicht betont, daß die offene Front Deutschlands im Osten von jenen Tagen des Siebenjährigen Krieges datiert, da die Republik ohnmächtig war, den Marsch der Russen nach Ost-Preußen, die Schlachten von Kunersdorf und Zorndorf zu hindern. In ihrer letzten Gestalt vor dem Kriege ist diese Front nach Osten ein Geschenk, mit dem Deutschland vom Wiener Kongreß bedacht ist. Nichts kann unhistorischer sein, nichts ein größeres Hindernis für die richtige Auffassung des Weltkrieges als diese wieder und wiedergekäute Phrase von der offenen Ostfront Deutschlands. Sie ist ja geographisch offen, wie die Erdgeschichte sie geschaffen, aber politisch ist sie erst offen, seitdem sie künstlich und

allem Sinn der europäischen Geschichte zuwider geöffnet wurde durch den Untergang der Republik.

Wenn man es in einem Bilde ausdrücken will, das bis zu einem gewissen Grade auch den einstigen Gefühlen der Völker entspricht, dann muß man sagen: So lange Deutsche und Polen Rücken gegen Rücken standen, so lange Deutschland seine Front nach Westen, Polen seine Front nach Osten zu wehren hatte, besaß Deutschland überhaupt keine Front nach Osten. Erst als Polen von Osten her überwältigt wurde und seine Nachbarn am Niederreißen ihres eigenen Schutzwalles mithalfen, ward Deutschland eine solche Ostfront zuteil. Zunächst hatten nur die Kabinette den Druck solcher Aenderung zu spüren, doch sie hüteten sich, davon viel zu reden: Schon das schien gefährlich. Jetzt, da die Gefahr mit voller Wucht über das deutsche Volk hereingebrochen, ist es an der Zeit, daß Klarheit nur über eine einzige Tatsache herrsche, die für sich allein, ohne jede weitere historische Hilfe genügt, um der deutschen Allgemeinheit den großen geschichtlichen Sinn jener anscheinend ganz unhistorischen Formel des Deutschen Reichskanzlers zu erschließen. Er sagte am 5. April auch: „Einen status quo ante kennt nach solchen Erschütterungen die Geschichte nicht.“ Der status quo ante, der hier gemeint ist, war etwas Unhistorisches, wider den Geist der europäischen Geschichte von der Kabinettpolitik Verschuldetes. Aber die Völkergeschichte Europas wird nach diesem Großen Kriege wiederanknüpfen an den status quo, der sich durch Jahrhunderte vorher in der Sicherheit Mitteleuropas gegen den Osten bewährt hat, an den status quo, da es keine offene Front Deutschlands nach Osten gab, dank dem Bestande eines polnischen Staates. Und diese Einsicht ist jenes Minimum einer Deutschen und Polen gemeinsamen Geschichtsauffassung, das sich aus dem Großen Kriege ergeben muß, wenn anders alle Opfer nicht vergeblich sein sollen. Und Deutschland, Mitteleuropa haben keine offene Front nach Osten, sobald ein polnischer Staat — jetzt Schulter an Schulter zu ihnen stehend — die Pflichten der ersten Wehr übernimmt.

## Aus der politischen Tageschronik.

### Das Ministerium Koerber.

Lange bevor das politische Erbe des Grafen Stürgkh so unerwartet und tragisch erledigt ward, spannen gerne Stimmungen und Hoffnungen an den Namen Koerber an. Weitere Kreise in West-Oesterreich, aber auch ein großer Teil der politischen Welt im Reichs-Zentrum sprachen seit Monaten viel von Herrn Dr. Ernst v. Koerber als jenem Staatsmanne, der der berufenste wäre, den schweren Uebergang des Staates aus dem Kriege in den Frieden zu leiten. Daß er solche Tätigkeit noch während des Krieges wird gründlich vorbereiten können, erscheint als ein Gewinn, und man muß sagen, daß der neue österreichische Ministerpräsident durch die bei Uebernahme des schweren Amtes erwiesene sorgsame Umsicht gezeigt hat, daß er selbst einen von einem erschütternden Zufall gebotenen Vorteil hässlicher ausnützen wolle. Er hat zusammen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches den Weg zur Vermeidung unzeitgemäßer Reibungen gefunden, er hat sich im Kabinett mit einer Anzahl erprobter Kräfte und Talente umgeben. In seinem Chef

und in seinen Mitarbeitern besitzt das Ministerium Koerber zweifellos eine Fülle von persönlichen Momenten, welche zur Verwirklichung der, wie schon gesagt, nicht erst seit Dr. v. Koerbers Amtsübernahme datierenden Erwartungen beitragen sollten. Es bleibt zu hoffen, daß auch die sachlichen Momente sich einstellen, die mehr als je in der jetzigen Zeit und unter den jetzigen Verwicklungen zu den persönlichen hinzutreten müssen, damit ein befriedigendes Ergebnis erreicht werde.

Die Wahl des Herrn Dr. M. Bobrzyński zum „polnischen Landsmannminister“ beweist, daß Herr Dr. v. Koerber in einer Frage, die gewiß zu den wichtigsten und dringlichsten gehört, über die anzustrebenden Ziele und über die anzuwendenden Mittel zur Klarheit gelangt ist. Die Tatsache, daß Herr Dr. Bobrzyński dem an ihn ergangenen Rufe gefolgt ist, dokumentiert es auf das deutlichste, daß die ihm mitgeteilten Ziele und Mittel mit seiner großen politischen Vergangenheit vereinbar sind. Herr Dr. Bobrzyński ist neben dem Kabinettschef die festest umrissene politische Gestalt des neuen österreichischen Ministeriums der starken Kräfte und Talente, und mehr als je be-

deutet heute sein Eintritt ins Kabinett eine für die Polen wichtige Ergänzung des Koerberschen Programmes. Dieser Krieg hat unter anderen Dingen den Völkern die Lehre gebracht, daß Geduld und Beharrlichkeit im politischen Lebenskampfe unerläßlich sind. So werden auch die Völker Oesterreichs dem Ministerium Koerber die nötige Zeit gewähren müssen zur Entfaltung seines Programmes und — hoffentlich — auch zur Erfüllung eines Maximums der an diesen Namen so lange geknüpften Erwartungen.

Vom Sekretariat des reichsrätlichen Polenklubs wird der „Korrespondenz Polonica“ mitgeteilt:

Am 30. und 31. Oktober hat die parlamentarische Kommission des Polenklubs anlässlich der durch die Berufung des Dr. v. Koerber geschaffenen Lage längere Beratungen abgehalten. An der am 31. d. M., vormittags stattgefundenen Sitzung nahm auch Dr. Bobrzyński teil und es wurde ihm nach Besprechung der Gesamtsituation sowie der schwebenden Landesangelegenheiten und nach Entgegennahme seiner Erklärungen, für den Fall seines Eintrittes ins Kabinett, das Vertrauen ausgedrückt und die Unterstützung des Polenklubs in Aussicht gestellt.

**Die Lösung der polnischen Frage.** Aus Berlin, 31. Oktober, wird gemeldet: Im Reichstag brachte bei der Zensurdebatte Abgeordneter Seyda (Pole) eine Reihe von Beschwerden vor, insbesondere darüber, daß es den polnischen Zeitungen verboten ist, von der Wiedergeburt des polnischen Reiches zu sprechen. Die Polen Deutschlands fühlen sich als integrierender Bestandteil der großen polnischen Nation und sind an der Lösung der polnischen Frage interessiert. Sie dürfen verlangen, dabei berücksichtigt zu werden. Die Erörterung der polnischen Frage darf den Polen ohne Verletzung der empfindlichsten Interessen nicht versagt werden.

**Vorlesung Wacław Sieroszewskis in Łódź.**

Am 16. Oktober fand im Konzertsaal in Łódź in Anwesenheit eines zahlreich versammelten Publikums eine Vorlesung Wacław Sieroszew-

skis statt, in der u. a. auch die Frage der Unabhängigkeit Polens berührte. Der Vortragende begann damit, daß er ein Bild der allgemeinen Kriegssituation entwarf, wobei er die Ursachen der gegenwärtigen Kämpfe hervorhob und die Rollen darlegte, die in diesem Ringen die Koalition und die Zentralmächte spielen. Hierauf ging er zur polnischen Frage über, wobei er nachwies, daß die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates und einer polnischen Armee sowohl in unserem Interesse, als auch in dem der Zentralmächte gelegen sei. Die sehr interessante Vorlesung beschloß Sierozewski mit dem Wunsch, das Mißtrauen zwischen jenen, mit denen die Geschicke Polens verbunden sind, und uns, möge so bald als

möglich schwinden, damit unseren gerechten Wünschen Genüge geschehe, da nur durch glückliche, freie, ihrer Kraft und ihrer Ziele bewußte Nationen der Weg zum Glück der ganzen Menschheit führe.

Die „unzeitgemäße“ Frage. Wie „Gazeta Polska“ in Moskau meldet, wurde während des Aufenthaltes des Ministers des Innern Protopopow im russischen Hauptquartier neben anderen politischen Fragen auch die polnische besprochen. Nach dem „Rußkoje Słowo“ hat sich Protopopow der Meinung des Ministerpräsidenten Stürmer angeschlossen und ebenso wie dieser erklärt, daß die Verlautbarung eines Aktes in der polnischen Frage unzeitgemäß sei.

## Historische Erinnerungen.

### Polens Verhältnis zur Moldau und Walachei im XV. und XVI. Jahrhundert.

Von Professor Dr. August Sokołowski (Krakau).

Im Jahre 1879 erschien in Wien eine historische Abhandlung von W. St. Teutschländer unter dem Titel: „Michael der Tapfere, ein Zeit- und Charakterbild aus der Geschichte Rumäniens“. Der Verfasser widmete sein Buch dem Fürsten Karl I. von Rumänien zum Zeichen dankbarer und loyaler Gesinnung der in Rumänien lebenden deutsch-evangelischen Kolonie, deren Mitglieder bemüht waren, nach Kräften zum Emporblühen des Staates beizutragen und dessen kulturelle Entwicklung zu fördern. Diese Widmung war ganz erklärlich. Die in Rumänien angesiedelten Deutschen durften mit Recht hoffen, daß dieser Fürst, von Abstammung ein Deutscher, und zwar ein Hohenzoller, für sie ein gnädiger Herr bleiben werde, daß sie in ihm einen Gönner und Beschirmer finden würden.

Und sie haben sich wirklich nicht getäuscht. Einem solchen Fürsten gegenüber war die loyale Kundgebung des H. Teutschländer ganz am rechten Platz; nicht im gleichen Maße die Wahl des Stoffes und die Persönlichkeit seines Helden, der als ein Vorbild dem neuen rumänischen Herrscher präsentiert wurde.

Die Rumänen hatten ursprünglich ihre Wohnsitze in Mazedonien und am Hämus (Balkan) und wanderten von dort, als das bulgarische Reich seine Grenzen auch jenseits der Donau ausdehnte, nach der heutigen Walachei aus, wo sie auch unter der Herrschaft der Petschenegen und Kumanen verblieben. Sie waren ein

friedliches Volk, lebten von Viehzucht und suchten für diese ihrer Lebensweise geeignete Wohnsitze in der heutigen Bukowina und im heutigen Galizien, wo sie an den Karpathenabhängen, als polnische Untertanen, ein genügsames Dasein fanden.

Nach der Vereinigung Polens mit Litauen beginnt die Abhängigkeit Moldaus von dem mächtigen Reiche der Jagellonen. Der moldauische Hospodar Peter und sein Bruder Roman leisten dem König Władysław Jagiełło und seiner Gemahlin, der Königin Jadwiga den Lehenseid in Lemberg 1387. Polnische Mönche, Franziskaner, entwickelten in der Moldau eine rege Tätigkeit, es wird daselbst das römisch-katholische Bistum in Sereth errichtet und dem Erzbistum in Halicz zugeteilt. Den bischöflichen Stuhl bestieg ein Franziskaner, Pater Andreas Wassilo. Auf diese Weise entstanden die ersten Keime der abendländischen Kultur in diesem noch völlig barbarischen Lande.

Im Jahre 1458 erlangte die Würde eines Hospodars der Moldau Stefan Bogdanowicz. Umgeben von drei mächtigen Nachbarstaaten, Polen, Ungarn und der Pforte, richtete er sein Bestreben dahin, seine Unabhängigkeit zu wahren und zu behaupten, was ihm auch gelang, indem er je nach Umständen sich unter den Schutz eines von diesen Staaten stellte und mit dessen Unterstützung die ihm drohende Gefahr abzuwenden wußte. Die freundschaftlichen Beziehungen zu

der Pforte gestatteten ihm sogar, Bessarabien zu erobern. Seine Tochter vermählte er dem Sohn des Großfürsten von Moskau Iwan Wasiliewicz, um auf diese Weise einen Bundesgenossen gegen Polen zu gewinnen. Als aber nach dem Ableben Mohameds II. sein Nachfolger Bajazet II. Bessarabien dem Moldauer entriß und Kasimir IV. der Jagiellone, durch die Verbindungen des Wojewoden mit den Moskowitern beunruhigt, mit einem bedeutenden Heere im Pokucie (der äußerste Südwinkel des jetzigen Galizien) erschien, fügte sich Stefan sofort in das Unvermeidliche und leistete dem König den Lehenseid in Kolomea 1485. Der Sohn Kasimirs, Jan Olbracht, unternahm, um sich von dem unsicheren Nachbar zu befreien, einen Feldzug gegen Stefan, wurde aber von ihm in den Wäldern der Bukowina in einen Hinterhalt gelockt und unter großen Verlusten zum Rückzuge gezwungen. Dadurch ermutigt, machten die Nachfolger Stefans wiederholte Versuche, das viel umstrittene Pokucie zu erobern. Der Hospodar Peter (Petraschko) wurde aber bei Obertyn vom Kongreßfeldherrn Jan Tarnowski aufs Haupt geschlagen (1532), worauf die aggressive Politik der Moldauer aufhörte.

Im XVI. Jahrhundert bietet das gegenwärtige Rumänien ein trostloses Bild von unaufhörlichen Thronkämpfen. Abenteurer verschiedener Abstammung, polnische Magnaten, Griechen, lutherische Sachsen bemühen sich mit Unterstützung Polens, der Pforte oder der Tataren, die vielumstrittene Würde eines Wojewoden zu erlangen, werden bald von Gegenkandidaten verdrängt, fast regelmäßig gemordet, das Land endlich von Türken überschwemmt, welche die Hospodare ein- und absetzen, der Hohen Pforte einen jährlichen Tribut zahlen lassen und Moldau und Walachei als eine Provinz des Großherrn behandeln. Im Jahre 1593 erlangte Michael, der jüngste Sohn des ehemaligen Hospodaren Petraschko, mit Unterstützung des Fürsten von Siebenbürgen Sigmund Báthori und dessen Bestechungskünste in Konstantinopel, die Würde eines Wojewoden der Walachei. Die rumänischen und auch die deutschen Historiker sind voll Bewunderung für diesen nationalen Helden, der als geschickter Politiker und ausgezeichnete Feldherr nicht nur sein Volk von dem türkischen Joch befreite, sondern auch den Versuch machte, sich Siebenbürgen zu unterwer-

fen und aus dieser Provinz, der Moldau und der Walachei, einen mächtigen rumänischen Staat zu bilden.

Ob diese Beurteilung des „tapferen“ Wojewoden geschichtlich begründet ist und der Wahrheit entspricht, muß stark bezweifelt werden. Das nationale Selbstbewußtsein eines jeden Volkes ist eine Folge seiner kulturellen Entwicklung. Rohe und primitive Völker sind für nationale Gefühle wenig empfänglich, und ein rumänischer Patriotismus im XVI. Jahrhundert wurde erst durch die Geschichtsschreiber des XIX. Jahrhunderts erfunden. In jenen entlegenen Zeiten war die Amtssprache in der Moldau und Walachei slawisch; in dieser Sprache wurden alle fürstlichen Urkunden abgefaßt, jeder Bojar mußte slawisch sprechen und schreiben können. Das Volk lag in tiefster Unwissenheit, ebenso unwissend war auch die griechisch-orientalische Geistlichkeit. Sie war daher verachtet und ein Gegenstand des Spottes. „Die Priester — so erzählt ein rumänischer Historiker (Tocilescu) — verstehen nicht zu taufen, noch die liturgischen Geschäfte zu verrichten; spricht man von den Geheimnissen des Glaubens, so stehen sie da und wundern sich, als ob man über Dinge der anderen Welt redete; ihre Unwissenheit ist vollständig.“ Die Moral war orientalisches; die Bojaren hatten gewöhnlich neben ihrem angetrauten Weibe zehn bis zwölf Konkubinen. Uneheliche Kinder, obwohl gesetzlich von der Erbschaft ausgeschlossen, bestiegen oft den Wojewodenstuhl; Verwandtenmorde waren auf der Tagesordnung. Ein Mittelstand fehlte gänzlich, Handel und Gewerbe befanden sich in den Händen der Armenier, Griechen und Juden. Die Bauern, als Leibeigene der Bojaren, waren rechtlos und mußten die ganze Steuerlast tragen. Dieser Mangel an jedweder Kultur, diese gesellschaftlichen Zustände dauerten noch zum Teil bis in die Mitte des XIX. Jahrhunderts, wie aus der geistreichen Schilderung des österreichischen Obersten Moritz von Angeli\*) leicht zu ersehen ist.

Michael der „Tapfere“ unterschied sich nicht im mindesten von seinen Landsleuten. Polnische Quellen schildern ihn kurz und bündig als einen „groben und verwegenen Bauern“ (chłop gruby i desperat) und so war er wirklich. Bei der ersten Erhebung gegen die Osmanen läßt er alle seine türkischen Gläu-

\*) Moritz von Angeli: „Altes Eisen. In- times aus Kriegs- und Friedensjahren“. Stuttgart, 1900.

biger in einem Hause in Bukarest versammeln, angeblich um sie zu befriedigen. Alle werden ermordet, ihre Habe unter die Truppen verteilt.

Zu schwach, um einen Krieg mit den Türken zu führen, flüchtet er nach Siebenbürgen und stellt sich unter den Schutz des Fürsten Sigmund Báthori. Mit dessen Hilfe vertreibt er die Türken aus der Walachei und schließt mit Sigmund einen Vertrag, in welchem seine Abgeordneten die Oberhoheit Siebenbürgens über die Walachei anerkennen. Als ein Vasall Báthoris darf er den Titel „von Gottes Gnaden“ nicht führen, seine Beamten sind Beamten des Fürsten. Dem Beispiel Michaels folgte auch der Hospodar der Moldau, Rozwan.

Die Bildung einer solchen Macht, mit Einbeziehung der Moldau, eines Lehens der polnischen Krone, konnte nicht geduldet werden. Der Krongroßfeldherr Jan Zamoyski vertrieb also den Siebenbürger Rozwan und setzte an seine Stelle den Jeremias Mohila zum Hospodar der Moldau ein. Jeremias erhielt auf dem Reichstag 1593 den polnischen Indigenat, sein Bruder Georg, der moldauische Metropolit war eifrig bemüht, eine Union der griechisch-orientalischen Kirche mit der römisch-katholischen zustande zu bringen und leistete seine Obediens dem Papst Sixtus V. Diese Bewegung war insofern wichtig, als auch in Polen die Vereinigung der Schismatiker mit der römisch-katholischen Kirche in Brześć litewski (1595) erreicht wurde.

Inzwischen kam es plötzlich zu einer unerwarteten Wendung der Dinge in Siebenbürgen. Der launenhafte und unbeständige Sigmund Báthori entsagte seiner Herrschaft zugunsten seines Veters, des Kardinals und ermeländischen Bischofs Andreas Báthori, wahrscheinlich auf Anraten des Jan Zamoyski, der mit einer Nichte des Königs Stefan Báthori, Griseldis, verheiratet war. Die Nachricht davon erregte große Unruhe in Prag, wo Kaiser Rudolf II. seinen ständigen Wohnsitz hatte. Man bestimmte, im Falle der Abdankung Sigmunds, den Erzherzog Maximilian zu seinem Nachfolger. Michael, der von der Stimmung des Prager Hofes genau unterrichtet war, beschloß jetzt, die verwickelte Lage in Siebenbürgen zu seinem Vorteil auszunützen. Zu diesem Zwecke schließt er ein Schutz- und Trutzbündnis mit Andreas und leistet dabei samt zehn Bojaren den Eidesschwur auf

das heilige Evangelium; andererseits aber tritt er in Unterhandlungen mit dem Kaiser und mit den Türken. Dem ersten verspricht er Hilfe unter der Bedingung, daß man ihm Geld und Munition schicke, „damit er ein Heer gegen den Kardinal aufstellen könnte“; die Pforte sucht er zu beruhigen durch gleisnerische Vorspiegelungen seiner Treue und Anhänglichkeit an den Grobherren. Und dieses Ränkespiel gelingt ihm. Der Kaiser sendet ihm Geld, wodurch er in stande ist, Söldner zu werben. Er erscheint mit einer wohlgerüsteten Armee in Siebenbürgen, besiegt den Kardinal, der auf der Flucht von den Walachen ermordet wird, gelangt auf diese Weise in den Besitz Siebenbürgens, ohne sich um die Einsprache des Kaisers zu kümmern. Rudolf II. schickt ihm durch seinen Gesandten kostbare Geschenke, gibt ihm den Titel eines Statthalters von Siebenbürgen und eines kaiserlichen Rates, außerdem 3000 Dukaten an Subsidiengeldern. Nicht zufrieden damit, verlangt noch Michael, daß der Kaiser ihm Siebenbürgen unter gewissen Bedingungen überlasse, und um einen Druck auf den kaiserlichen Gesandten auszuüben, verhandelt er ganz offenkundig mit dem Sendling des Großvezirs Ibrahim, der damals Kanizsa, die letzte Schutzwehr Steiermarks, belagerte. Kurz vorher vertrieb Michael den Jeremias Mohila aus der Moldau und nahm das ganze Land in seinen Besitz.

So stand er auf dem Gipfel seiner Macht, aber schon nahte das Verderben. Polen war nicht mehr gesonnen, sich solche Uebergriffe gefallen zu lassen, besonders da Michael das Gerücht verbreiten ließ, er werde an der Spitze einer Armee von 150 000 Mann in Polen einbrechen, den König Sigismund III. nach seiner eigentlichen Heimat, nach Schweden, vertreiben, und den so erledigten Thron der Jagellonen selbst einnehmen. Derartige Ueberhebung durfte nicht ungestraft bleiben, und als die Vorstellungen, welche Sigismund III. an den Kaiser richtete, keinen Erfolg hatten, erhielt Zamoyski den Befehl, mit Waffen einzuschreiten. An der Spitze eines nicht zahlreichen, aber auserlesenen Heeres rückte der Krongroßfeldherr gegen den Feind. Nach Scharmützeln am 16. und 17. Oktober kam es zur entscheidenden Schlacht am 20. Oktober 1601 zwischen Plojeszti und Buzeu am Telegafuß in der Walachei. Michael erwartete den Feind in einer günstigen Stellung und suchte die Polen in einen Hinterhalt zu

locken. Zamoy ski ließ sich nicht irreführen und warf in ungestümem Angriff die Söldner und Walachen Michaels über den Haufen.

Der Sieg war entscheidend. Das ganze feindliche Lager, Gepäck und Geschütz, 95 Fahnen fielen den Siegern in die Hände. Michael suchte sein Heil in der Flucht, schickte Weib und Kind nach Siebenbürgen. Zamoy ski schrieb sogleich an die Siebenbürgischen Stände und an die kaiserlichen Kommissäre und forderte sie auf, Michael anzuhalten und als einen Feind des Königs von Polen auszuliefern. Es könne Polen — so führte er weiter aus — durchaus nicht gleichgültig sein, wer in Siebenbürgen herrschte und was daselbst geschehe. Polen wünsche, daß den Siebenbürgern gestattet werde, sich selbst einen Fürsten zu wählen, der dem Papst, dem Kaiser und Polen treu ergeben sei, zum Scheine mit den Türken Frieden halte, damit so das Land, das durch so viele Niederlagen geschwächt, zur Ruhe komme und erstarke. Er sei ein Edelmann und wünsche die Befreiung aller Edelleute; übrigens liege ihnen und nicht ihm die Pflicht der Fürsorge für Siebenbürgen ob; er bitte Gott um ihre Erleuchtung und Eingebung heilsamer Ratschläge. Die kaiserlichen Kommissäre antworteten ausweichend, betonten nur das Recht der

kaiserlichen Oberhoheit über die Walachei und weigerten sich, Michael auszuliefern. Zamoy ski ließ sich jedoch nicht einschüchtern und glaubte, daß eine gründliche Regelung der heillosen Verhältnisse in der Walachei und Moldau ebenso im Interesse Polens als auch des Kaisers notwendig sei. Daher ernannte er zum walachischen Wojewoden Simeon Mohila, setzte dessen Bruder Jeremia s als Hospodar in der Moldau wieder ein und überließ dem ersteren 4000 Mann polnischer Truppen zur Unterstützung, in der richtigen Voraussicht, daß Michael versuchen werde, seine verhaßten Gegner zu verjagen.

Es kam auch wirklich so, aber Michael erlitt bei seinem Einfall abermals eine Niederlage bei Argisch und unterwarf sich hierauf dem Kaiser, um ihn bei nächster Gelegenheit wieder zu verraten. Zum Statthalter von Siebenbürgen ernannt, setzt er sein Ränkespiel weiter fort und wird endlich auf Anstiften des kaiserlichen Generals Barta ermordet.

So endete der erste „rumänische Held“, dessen Politik die gegenwärtigen rumänischen Staatsmänner nachzuahmen bestrebt sind, ohne sich durch sein tragisches Schicksal abschrecken zu lassen. Die Geschichte wiederholt sich zwar selten, aber Analogien ereignen sich öfter, als man vermutet.

## Die Legionen auf dem Kampffelde.

### Die Legionen in Ruhestellung.

August

Von der Front wird berichtet:

Am 6. Oktober wurden die polnischen Legionen von dem von ihnen bisher besetzten Abschnitt am Stochod zu einer mehrwöchigen Rast nach Litauen, in die Gegend von Baranowicze, transferiert. Sie wurden dort in ehemaligen russischen Kasernen, die von den deutschen Truppen wieder sauber in Stand gesetzt wurden, untergebracht.

„Dziennik Narodowy“ („Nationales Tagblatt“, Piotrków) erhält folgende Zuschrift:

Die Zurücknahme der Legionen von der Front in Ruhestellung,

wurde noch Mitte

beschlossen. Die Durchführung dieses Beschlusses war indessen vom Einverständnis des Oberkommandos Ost abhängig, dem die Legionen zurzeit unmittelbar unterstanden, da sie in der letzten Zeit in taktischem und operativem Verbande mit der deutschen Armee kämpften. Infolge der Bemühungen des Legionenkommandos besuchte der Chef des Generalstabes der Armee, Linsingen, die Front der Legionen, um deren Zustand festzustellen. Das Gutachten stellte die tatsächliche Uebermüdung der Legionen fest. Am 5. Oktober wurde das Legionenkommando verständigt, daß die Rast beschlossen und der Transport vorbereitet sei. Aus den oberwähnten Gründen konnte die Verfügung der Ruhestellung einzig vom Kommando der deutschen Armee ausgehen, und so konnte auch der Ruheplatz nur auf

dem Gebiete dieser Armee gewählt werden. Es wurde eine Ortschaft westlich von Baranowicze gewählt, woselbst sich gut eingerichtete russische Kasernen befinden.

\*

#### Deutsche Anerkennung für die Legionen.

Am Tage des Ausmarsches der Legionen wurde folgender Befehl erlassen:

Der Kommandant der vorgesetzten bayerischen Infanteriedivision hat anlässlich der Transferierung der Legionen von ihrem bisherigen Abschnitte am 5. Oktober folgenden Tagesbefehl erlassen:

„Nach dreimonatiger Zugehörigkeit verlassen die polnischen Legionen den unter meinen Befehlen befindlichen Abschnitt. Stolz und Freude erfüllten mich stets bei dem Gedanken, daß ich die Legionen kommandiere, die von so ausgezeichnete Vaterlandsliebe belebt sind.

„Allen Angehörigen der tapferen Legionen drücke ich meine volle Anerkennung und meinen heißesten Dank aus für ihre unbeugsame Pflichterfüllung, für die opferwillige Hingabe, den Mut und die Todesverachtung, mit denen sie in treuer Waffenbruderschaft mit den verbündeten Armeen sämtliche russischen Angriffe erfolgreich abwehrten.

„Ich werde insbesondere des Tages des 3. August dankbar gedenken, da die Legionen im kühnen Angriffe den Feind, der in unsere Schützengräben eingedrungen war, siegreich vertrieben.

„Die ruhmvolle Geschichte der im Kampfe erprobten Legionen hat sich am Stochod und Stawok mit neuem glänzenden Lorbeer bereichert.

„Ruhm und Sieg den tapferen polnischen Legionen.

„Meine heißesten Wünsche einer glücklichen Zukunft!

Von Kneußl.

Generalleutnant und Kommandant.“

\*

Die Abtransportierung der Legionen ging in größter Ordnung vor sich. Jeder Soldat erhielt die gewöhnliche Kriegsmunition, auch gingen sämtliche Maschinengewehre und Geschütze mit der entsprechenden Munitionsdotierung mit.

Die Bedingungen, die die Legionen an Ort und Stelle vorfanden, übten einen guten Einfluß. Die Ruhestellung wird einige Wochen dauern.

#### Erinnerungsabzeichen der I. Brigade „Für treue Dienste“.

Brigadier Piłsudski erließ folgende Verordnung:

„Hiedurch ordne ich ein Abzeichen der I. Brigade ‚Für treue Dienste‘ an.

1. Das Recht, dieses Abzeichen zu tragen, haben: a) Sämtliche Offiziere und Soldaten, die mindestens ein Jahr an der Front in den Reihen der I. Brigade tadellos tätig waren, die Train- und Hilfsanstalten der I. Brigade nicht ausgeschlossen; b) sämtliche Offiziere und Soldaten der „Schützen-Organisationen im Königreich, die daselbst während der russischen Okkupation in den Reihen tätig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sie später bei der I. Brigade eingeteilt waren oder nicht, überdies das ehemalige Erkundungsbüro der I. Brigade; c) Offiziere und Soldaten, die in der I. Brigade weniger als ein Jahr dienten, den weiteren Dienst aber in anderen Einheiten der polnischen Truppen tadellos machten, insofern sie das Abzeichen wünschen und hiezu die Bewilligung ihrer Kommandanten erhalten werden.

2. Ueber die Tadellosigkeit des Dienstes entscheiden in ihrem Wirkungskreis: a) Der Chef des Generalstabes, b) die Regimentskommandanten, c) der Kommandant der Sappeurkompagnie, d) der Kommandant des Artillerieregimentes, e) die betreffenden Chargen bei den anderen Einheiten außerhalb der I. Brigade. — In zweifelhaften Fällen ist die Entscheidung von mir zu verlangen.

3. Dieses Abzeichen ist links unter der Seitentasche zu tragen.“

Die Verteilung der Abzeichen fand am 6. August statt. J. Kadon beschreibt diese Feier in der „Gazeta Wieczorna“ („Abendzeitung“, Lemberg) folgendermaßen:

Große Wolken standen am Himmel, es war kalt; der Wind wehte so stark, als ob es gerade an diesem zweiten Jahrestag Herbst werden wollte. Es war schwer, sich vollzählig zu versammeln. Die Abteilungen standen in der Kampflinie. Für die Messe wurde ein Platz bei der Sanitätsanstalt der I. Brigade gewählt, die sich neben einer einsam vor dem Dorf P... stehenden Häusergruppe befand. Dort sammelten sich allmählich die Delegationen der Regimenter. Vor einer der Hütten wurde der Feldaltar errichtet. Weiterhin stellten sich auf dem Stoppelfeld die Truppen im Karree auf. Die Infanterie an den Seiten, an der Hinterwand die Kavallerie. In der Gruppe der Offiziere glänzten die Paradeuniformen der Reiterei, Silberschnüre am Arm und silberne Bänder quer über die Brust. Man bemerkte das fahle Antlitz Belinas und den kleinen, vornüber gebeugten Kopf des Majors Bukacki, des ältesten Offiziers der Kaderkompagnie.

Oberleutnant Głuchowski, die Leutnant Jabłoński und Hanka, die Teilnehmer der Kavalleriepatrouille vom 2. August 1914, plauderten mit den Artilleristen. So mancher legte den Mantel an, denn es begann zu regnen. Brigadier Piłsudski kam mit seinem Gefolge herangeritten und begab sich in die Spitalshütte. Im Flur der Hütte, in der Piłsudski saß, sammelten sich eine Menge Leute. Zwei verwundete Soldaten blickten nach dem Karree hin. In der Stubenecke am Fenster (schrieb Leutnant Nałęcz Korzeniowski auf einer Kiste die kleinen Diplome zum Abzeichnen „Für treue Dienste“. Er war blaß und aufgeregt. Brigadier v. Haller mit seinen Offizieren kam an. Er hinkte ein wenig und lächelte jene freundlich an, die ihn begrüßen. Auch Oberst Roja, Oberstleutnant Norwid, Major Brzoza, Major Męrzyński und Offiziere aller drei Brigaden sind inzwischen eingetroffen. Im strömenden Regen begann die Messe. In der Mitte des Karrees stellten sich die Oberste mit Piłsudski auf. Während der stillen Messe, die der Kaplan des VII. Infanterieregimentes Pater Zyłkiewicz zelebrierte, spielte das Orchester.

Im Nebel verschwammen die Linien. Man sah nur zwei graue Streifen der Infanterie, im Hintergrund die dunkle hohe Wand der Reiterei. Am Altar glänzte wie eine blasse Flamme das goldene Meßgewand des Priesters.

Nach der Messe wurde das Abzeichen „Für treue Dienste“ den Repräsentanten der Regimente und Anstalten der I. Brigade angeheftet. Für treue Dienste ... Für die eifrige Bereitschaft, für sämtliche Märsche und Schlachten, für so viele Stürme, für diese ganze unbeschreibliche, unermeßliche kriegerische Mühe — eine kleine Scheibe aus Eisen, mit einem eingravierten Kreuz, an den Strahlen des Kreuzes die Initialen des Anführers und der Abteilung.

Der Kommandant heftete das Abzeichen zunächst dem Oberst Sosnkowski, der Patrouille Belinas, der Kaderkompagnie an. Nach Verteilung der Abzeichen überreichte Oberst Sosnkowski dem Kommandanten einen Ehrensäbel von den Offizieren der I. Brigade. Es begann die Defilierung. Bei den Klängen des alten Marsches, der die Abteilungen von Krakau bis an den Styr, von Krakau bis nach Bessarabien begleitete, rückte die erste Patrouille vor, die Kaderkompagnie, die Ehrenkompagnie der II. Brigade, die ganze Infanterie. Sodann defilierte die Kavallerieschwadron im Galopp vorbei.

\* \* \*

#### Uebergabe der Piłsudski-Medaille.

Eine Huldigungsfeier für den Schöpfer der Legionen fand am 8. Oktober in dem mit Laub und einem stilisierten Legionenadler schön ge-

schmückten Saal des ärztlichen Vereines in Krakau statt.

Den Text der Adresse an den Kommandanten Piłsudski verlas Abgeordneter Daszyński, wobei er bemerkte, daß trotz der Kürze der Zeit und der Verkehrsschwierigkeiten bereits 50 000 Unterschriften unter der Adresse sich befinden und daß sich diese Anzahl vor Ablauf des Monats zweifellos verdoppeln werde. Die goldene Gedenkmedaille, ein hervorragend künstlerisches Werk (vergleiche „Polen“, Heft 95), überreichte dem Kommandanten der Reichsratsabgeordnete Sliwiński, worauf die Vertreter der Lemberger (Lemberg brachte 15 000 Unterschriften) und der schlesischen Delegation kurze Ansprachen hielten.

Kommandant Piłsudski dankte für diese Beweise der Anerkennung und hob hervor, er habe für die Gesellschaft, die sich des Schwertes und des Glaubens daran entwöhnt habe, den polnischen Soldaten geschaffen. Es wird indessen Sache der ganzen Gesellschaft, Sache des ganzen Vaterlandes sein, an der Schaffung

Polens zu arbeiten.

Die überaus ernste Feier wurde durch eine kurze, stimmungsvolle Rede des Nestors der polnischen Kämpfe mit dem Zarat. Bolesław Limanowski, geschlossen.

Am Abend versammelten sich sämtliche Teilnehmer zu einem gemeinsamen Mahl im Hotel Poller. Abgeordneter Daszyński sprach über die Demokratisierung der Gesellschaften nach dem Krieg, nach der Rückkehr der Krieger, woran Polen dank der Tat Piłsudskis werde teilnehmen können. Redakteur Kempner aus Warschau sprach namens des dortigen Zentralen National-Komitees, Redakteur Laskowicki aus Lemberg als Delegierter dieses Landesteiles, der die Schützen am frühesten bei sich sah; schließlich sprachen Rat Nowak als Repräsentant der Volksschullehrer und Frau Dr. Daszyńska-Golińska im Namen der Frauen.

Auf diese Ansprachen erwiderte Kommandant Piłsudski in einer schönen und erhebenden Rede, die er mit den Worten schloß: „Der polnische Soldat,

möge wieder sein Vaterland besitzen.“ Dieser Trinkspruch wurde mit langandauerndem Beifall aufgenommen.

\* \* \*

#### Leichenbegängnis eines Legionsoffiziers in Warschau.

Unter Beteiligung einer vieltausendköpfigen Menge fand in Warschau am 1. Oktober das Begräbnis des Legionsleutnants der I. Brigade der polnischen Legionen Stanisław Długosz statt, der im Monat August vorigen Jahres in der Schlacht bei Kamionka im Lubliner Gouvernement fiel. Der Sarg wurde von Waffengenossen des Verstorbenen aus der Kapelle getragen und auf

den mit Kränzen über und über bedeckten Leichenwagen gehoben. Auf dem Friedhof wurden einige Ansprachen gehalten.

Stanisław Długosz wurde in der achten Gymnasialklasse wegen patriotischer Agitationen unter der Handwerkerjugend in Warschau verhaftet. Aus der Haft befreit, ging er an die Krakauer Universität, wo er im historischen Seminar des Professors Tokarz tätig war. Er absolvierte die juristische Fakultät im Jahre 1914. In den Jahren 1912 und 1913 war er Präsident des akademischen Vereines „Znicz“ („Die Altarflamme“). Bei Ausbruch des Krieges befand er sich in Warschau, das er am 5. August heimlich verließ, um über die Grenze zu gelangen und in Kielce zu den Legionen zu stoßen.

\* \* \*

#### Spende für Legionenfahnen.

Oberst Hohenauer, Kommandant des 16. Krakauer L.I.R., hat aus dem Feld den im Weg von Sammlungen aufgebrauchten Betrag

von 2581 Kronen für eine Legionenfahne mit folgendem Schreiben zugesendet:

„An das hohe Präsidium der königlichen Hauptstadt Krakau:

Mit Allerhöchstem Befehl wurde dem polnischen Hilfskorps für in diesem Weltkrieg erwiesene besondere Tapferkeit die Berechtigung gewährt, eigene Fahnen zu besitzen. Diese für ganz Oesterreich und insbesondere für die ganze polnische Nation so erfreuliche Nachricht hat mich, als den Kommandanten des im Feld stehenden Krakauer 16. L. I. R. veranlaßt, unter dem mir unterstehenden Offizierskorps und den aus verschiedenen Nationalitäten sich zusammensetzenden Mannschaften des Regiments eine freiwillige Sammlung einzuleiten. Zu meiner grössten Freude hat dieser mein Gedanke in den Herzen meiner Untergebenen einen solchen Widerhall gefunden, daß in wenigen Tagen 2581 Kronen eingebracht wurden. Der gesamte Betrag ist für eine Fahne für das polnische Hilfskorps bestimmt.“

## Aus Kongreß-Polen.

### Deutsches Verwaltungsgebiet.

#### Der Landesschulrat.

Das „Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau“ veröffentlicht in der Nummer 49 vom 20. Oktober was folgt:

„Die Bemühungen der Schulverwaltung mußten im abgelaufenen Jahre vor allem darnach streben, die mannigfaltigen Schwierigkeiten und Hindernisse, die der Krieg in den Schulen hervorrief, zu bewältigen und den dringenden Bedürfnissen des Tages durch provisorische Verfügungen zu genügen. Daß die geschehene Arbeit nicht vergebens war, beweisen insbesondere die neuentstandenen Schulen aller Art.

„Soll sich indessen das Schulwesen auch fernerhin organisch und günstig entwickeln, so muß man sich für die Zukunft mit den grundsätzlichen Fragen ausführlicher befassen und deren Lösung wird zweifellos dann gelingen, wenn dabei Männer mithelfen werden, die mit dem Leben der Nation voll verwachsen sind. Deshalb will ich, der Bitte der leitenden Kreise des Landes gern willfahrend, den heimischen Kräften Möglichkeit geben, in geregelter Form und auf planmäßige Weise an diesen Aufgaben mitzuarbeiten. Daß das Schulwesen sich auf der Grundlage

der nationalen Sprache und der nationalen Kultur entwickeln muß, ist eine Anschauung, die ich vollkommen teile, gleichwie ich sicher bin, daß man hiebei den begründeten Forderungen der bestehenden Minoritäten wird gerecht werden können.

„Ich genehmige sonach das abgeschlossene Gesetz für den Landesschulrat und beauftrage den Chef der Verwaltung, das Weitere zu veranlassen.

Warschau, 13. Oktober 1916.

Generalgouverneur v. Beseler.“

\*

#### Das Gesetz über den Landesschulrat.

§ 1. Bei der Verwaltung wird ein aus Landeskräften zusammengesetzter Landesschulrat gebildet, dessen Aufgabe es sein wird, durch Rat und Initiative zur Entwicklung des nationalen Schulwesens auf dem Gebiet des Generalgouvernements beizutragen.

§ 2. Dessen Zusammensetzung ist folgende:

- a) ein Repräsentant des römisch-katholischen und einer des Augsburger evangelischen Glaubens;
- b) ein Repräsentant der jüdischen Religion;
- c) ein Repräsentant der Warschauer Universität und einer der Warschauer Polytechnik;
- d) drei Repräsentanten der Warschauer Stadtgemeinde und zwei Repräsentanten der Stadtgemeinde Łódź;

e) zwei Repräsentanten des Vereines „Polska Macierz Szkolna“, und zwei des Haupt-Fürsorgerates zur Linderung der Not in Polen;

f) mindestens sechs Männer aus dem ganzen Gebiet des Generalgouvernements, Sachkundige auf dem Gebiet des Erziehungs- und Schulwesens.

Die unter lit. a erwähnten Mitglieder bestimmt der hiesige Erzbischof, beziehungsweise das Konsistorium der Augsburger evangelischen Gemeinden; die unter lit. c bis e erwähnten Mitglieder bestimmen die Senate beider Hochschulen, die Magistrate beider Stadtgemeinden und die Verwaltungen der beiden Vereine. Diese Mitglieder bedürfen der Bestätigung des Chefs der Verwaltung.

Die unter lit. b und f erwähnten Mitglieder werden vom Chef der Verwaltung berufen. Bei Berufung der unter lit. f erwähnten Mitglieder sollen nach Tunlichkeit die bedeutenderen, im gegebenen Augenblick bestehenden Berufsorganisationen der Lehrerschaft berücksichtigt werden.

Der erste Funktionsabschnitt der Mitglieder dauert bis 1. Oktober 1917.

§ 3. Dem Schulrat haben die die inneren und äußeren Angelegenheiten des Schulwesens betreffenden wichtigeren prinzipiellen Fragen regelmäßig zur Begutachtung oder Bearbeitung vorgelegt zu werden. Der Landesschulrat ist auch berechtigt, in solchen Fragen die Initiative zu ergreifen.

§ 4. Die allgemeinen Sitzungen finden periodisch oder aus sich ergebenden Ursachen nach Beschluß des Chefs der Verwaltung statt.

§ 5. Für bestimmte Zwecke oder für besondere Arbeitsgebiete können mit Bewilligung des Chefs der Verwaltung Kommissionen gebildet werden, die im Bedarfsfall durch außenstehende Kräfte verstärkt werden.

Eine dieser Kommissionen hat die laufenden Angelegenheiten zu erledigen und in gegebenen Fällen auch den Landesschulrat zu vertreten.

§ 6. In den allgemeinen Sitzungen und in der Kommission für laufende Angelegenheiten führt der Chef der Verwaltung oder dessen Stellvertreter den Vorsitz; Vizepräsident ist ein vom ganzen Schulrat gewähltes Mitglied.

An den allgemeinen Sitzungen und an den Kommissionssitzungen nehmen nach Maßgabe des Bedarfes Beamte der Schulverwaltung teil.

Die Wahl der Sprache bei den Beratungen wird dem Ermessen des Einzelnen freigestellt.

§ 8. Der Landesschulrat darf im Einverständnis mit der Verwaltung zur Sammlung von für seine Arbeiten notwendigen Daten Delegierte in das Verwaltungsgebiet entsenden.

Warschau, 13. Oktober 1916.

v. Beseler, Generalgouverneur.

### Sprachenangelegenheiten in den Volksschulen.

Mit Verfügung vom 13. Oktober 1916 hat Generalgouverneur v. Beseler den § 13 der Verordnung vom 24. August 1915, die Organisation des Schulwesens betreffend, aufgehoben.

Die nötigen Verfügungen in Sachen der Vortragssprache und der Erteilung des Sprachunterrichtes in den Volksschulen wird der Chef der Verwaltung erlassen.

Der nunmehr aufgehobene § 13 der hier angeführten Verordnung hatte folgenden Wortlaut:

„In allen deutschen und jüdischen Schulen ist die deutsche Sprache die Vortragssprache, in anderen die polnische Sprache. Die russische Sprache wird von allen öffentlichen Privatschulen als Vortragssprache und als Unterrichtsgegenstand beseitigt. Die polnischen Lehrer und Lehrerinnen haben die deutsche Sprache als Unterrichtsgegenstand in der mittleren und höheren Stufe einzuführen, wenn sie der deutschen Sprache genügend mächtig sind. Diesbezüglich wird die Schulaufsichtsbehörde nähere Verfügungen erlassen.“

### Die Warschauer Schulresolution.

Nach Erörterung des Antrages des Stadtverordneten Stypiński und Genossen in Sachen der Errichtung eines Landesschulrates und im Einverständnis mit den Antragstellern hat die Kommission der Stadtverordnetenversammlung von Warschau für allgemeine Angelegenheiten dem Stadtrat den Antrag auf Beschließung folgender Resolution unterbreitet:

Der Rat der Hauptstadt Warschau, auf dem Standpunkt der am Eröffnungstag enunzierten Gesamtdenkung beharrend, sieht es als seine nationale Pflicht an, zu erklären:

Daß die polnische Nation unerschütterlich auf dem Boden des nicht zu bestreitenden Rechtes zur selbständigen Organisation des allgemeinen Unterrichtes aller Grade steht, so daß das durch die Unterdrückung des Unterrichtes über ein Jahrhundert lang Polen zugefügte Unrecht wettgemacht werde und daß die wohlthätige Wirkung des Unterrichtes sämtliche Bewohner der polnischen Lande ohne Unterschied des Glaubens umfasse, um aus ihnen das Vaterland liebende Söhne, der nationalen Pflichten und der nationalen Würde bewußte Bürger zu machen;

daß dieses Ziel nur ein allgemeines öffentliches Schulwesen entsprechend erreichen kann, das von staatlichen Behörden eines unabhängigen Polen in nationalem Geist, im Sinne der unvergeßlichen Ueberlieferung der Edukationskommission organisiert ist;

daß das Schulwesen schon im gegenwärtigen Augenblick unter den erwähnten Schlagworten geführt werde und dessen Leitung einer polnischen Institution des gesamten Landes übergeben werden soll, die sich aus Vertretern der polnischen Gesellschaft zusammensetzt, die berufen ist, die einheitliche Schulorganisation durchzuführen und die Schul- und Unterrichtsangelegenheiten als Ganzes zu verwalten.

Die Resolution wurde durch Akklamation angenommen.

\*

#### Die Ausbildung polnischer Beamter.

Aus Anlaß des in Warschau publizierten Programmes der Kurse für polnische Beamte (vergleiche „Polen“, Heft 95) schreibt die Warschauer „Nowa Gazeta“:

„Es werden dies Kurse sein, die Kandidaten für den Staatsdienst vorbereiten sollen. Die Errichtung solcher Kurse ist als ein bedeutendes und überaus charakteristisches Symptom anzusehen. Man darf annehmen, daß es sich hier um die Schaffung von Kadern für die künftige polnische Staatlichkeit handelt. Diese muß sich auf ausgebildete Kräfte und darauf ausgezeichnete fachmäßige Vorbereitung stützen. Wir werden nicht allein polnischer Beamten bedürfen, sondern auch solcher polnischer Beamten, die auf der Höhe der Aufgabe stehen und ebenso durch Ausbildung und Wissen, als auch durch gründliches Verantwortlichkeitsgefühl als Muster voranleuchten. Wir wollen in diesem Augenblick das Programm der Kurse selbst, das im allgemeinen gehörig bearbeitet wurde, nicht näher erörtern. Wir möchten nur bemerken, daß dessen Ausführung von den Lehrkräften abhängen wird, die für die Vorträge berufen werden sollen. Es werden dies, wie man uns informierte, erstrangige Kräfte sein, ebensowohl aus der Mitte der Professoren, als auch der Repräsentanten öffentlicher Organisationen, die sich mit verschiedenen Zweigen sozialer Arbeit befassen. Wir möchten hier noch die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in das Programm die Lehre von der polnischen Terminologie im Staats- und Verwaltungsrecht aufgenommen werden sollte, da diese Terminologie infolge der Aufteilung in Provinzen bei uns noch nicht festgelegt ist. Für eine künftige polnische Staatlichkeit müßte sie festgelegt und vereinheitlicht werden, was gleichfalls die Aufgabe der neuen Kurse sein sollte. Im allgemeinen möchten wir in diesen Vorträgen die Ankündigung von Vorbereitungen für unsere unabhängige staatliche Existenz sehen wollen.“

\*

Die „Deutsche Warschauer Zeitung“ (22. Oktober) berichtet:

Zu unseren Mitteilungen vom 18. Oktober tragen wir noch folgendes nach:

Unter dem Vorsitz des Herrn Grafen Lerehenfeld hat sich ein Komitee gebildet, das die Organisation der Kurse für höhere Beamte an der Warschauer Universität in Angriff genommen hat; außer Herrn Justizrat v. Dziembowski, der in amtlichem Charakter Mitglied des Komitees ist, gehören ihm Vertreter der wichtigsten Landesorganisationen an, und zwar die Herren: Rechtsanwalt Bukowiecki, Chmielewski, Prälat Chelmicki, Zygmunt Chrzanowski, Professor Łyskowski, Direktor Miklaszewski, Prinz Franz Radziwill, Graf Adam Roniker, Antoni Wieniawski. Es ist bereits ein ausführliches Verzeichnis der Vorlesungen aufgestellt worden, das nach der endgültigen Feststellung der Dozentenliste veröffentlicht werden wird. Zu den Kursen können sich auch diejenigen Bürger des Königreiches Polen melden, die im Gebiet der österreichischen Okkupation wohnen.

Wie wir erfahren, findet die Absicht, in Verbindung mit der Universität Warschau Ausbildungskurse für die öffentliche Verwaltung zu veranstalten, reges Interesse in den Kreisen der Intelligenz. Um allen Nachfragen gerecht zu werden, ist bei der Quästur der Universität eine Auskunftsstelle eingerichtet worden, in der bis auf weiteres Herr Universitätsdozent Eugenius Jarra am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag nächster Woche jedesmal vormittags von 1/2 11 bis 1/2 12 Uhr anwesend sein wird. Im übrigen wird der Anmeldetermin auf eine weitere Woche, also bis einschließlich 6. November 1916, verlängert.

\*

#### Gegen die Spuren der Russenherrschaft.

Der Warschauer „Goniec“ berichtet: Dieser Tage fand im Saal des Technikervereines eine Versammlung statt, in der Stanislaw Tugutt einen Vortrag hielt über die Beseitigung der Spuren der russischen Herrschaft in Warschau. Nach dem Referat wurde eine Resolution beschlossen, die die Anschauung zum Ausdruck brachte, es seien:

1. Alle Straßenbenennungen zu ändern, die von der russischen Regierung aufgezwungen wurden und mit ihrem Verbleib in Warschau verknüpft sind;
2. im Wege von administrativen Verordnungen die Angelegenheit der Geschäftsschilder zu ordnen, die in polnischer Sprache, in bleibender Form und nicht auf Leinwand anzubringen sind, die nur das alte Schild bedeckt; an Stelle des alten russischen Textes sei kein freier Raum zu belassen;
3. das Staszic-Palais in seinem früheren Zustand wieder herzustellen und vorläufig mindestens von dessen Fassade die in russischem Stil hergestellte

Ornamentierung zu beseitigen; 4. von den Straßen und Plätzen der Stadt, die zur Demütigung der Gefühle der polnischen Nation errichteten Denkmäler zu beseitigen, sonach das Paszkiewicz-Denkmal, das Denkmal am Zielony plac und zwei zum Andenken an die Schlacht bei Grochów errichtete Denkmäler; 5. der katholischen Geistlichkeit die „Cerkiew“ in der Długa-Gasse als ehemalige Piaristenkirche und das historische Kirchlein von Wola zurückzuerstatten; 6. Schritte zu unternehmen, damit die Spuren der ehemaligen Warschauer Zitadelle so rasch als möglich und gründlich verschwinden.

#### Die Agrarvereine im Königreich.

Am 3. und 4. September fanden in Warschau Beratungen der Agrarvereine des Königreiches Polen statt. Ueber die Beschlüsse und die wirtschaftlich-kulturelle Bedeutung der Agrarvereine wurde den Behörden eine ausführliche Denkschrift vorgelegt, der wir folgendes entnehmen:

Die Agrarvereine (Kółka Rolnicze) entstanden im Königreich Polen in den Jahren 1906 bis 1909. Ihr Zweck war die Anspornung der unaufgeklärten Bauern zu Fortschritten in der Landwirtschaft durch Veranstaltung von Diskussionsabenden, Besichtigung hervorragender Wirtschaften, Veranstaltung von kleinen Ausstellungen, durch Versuchsfelder, monatliche landwirtschaftliche Kurse usw. Bei der Errichtung der Agrarvereine lag die Leitung in den Händen der aufgeklärteren Einwohner des Dorfes, wie der Großgrundbesitzer, Wirtschaftsbeamten, Geistlichen usw. Um die Arbeit zu vereinheitlichen und sie stetig zu gestalten — was den durch verschiedene Pflichten in Anspruch genommenen Persönlichkeiten vielfach Schwierigkeiten bereitete — mußte man im Laufe der Zeit landwirtschaftliche Instrukturen bestellen, die den Wanderlehrern in Deutschland entsprachen.

In unserem Land, das niederer landwirtschaftlicher Schulen entbehrte, war der Einfluß der Agrarvereine auf die Entwicklung der Landwirtschaft überaus mächtig. Die Verbreitung verbesserter Anbaumethoden und besserer landwirtschaftlicher Geräte, die Anwendung von gewöhnlichem und mineralischem Dünger in größerem Maßstab, die Verbesserung der Viehzucht sind zu einem sehr beträchtlichen Teil das Verdienst der Agrarvereine. Ueberdies besaßen sie auch noch eine andere große Bedeutung. Die Versammlungen der Agrarvereine, die regelmäßig je zwei oder vier Wochen stattfanden, waren das Milieu, in dem die wichtigsten landwirtschaftlichen Fragen berührt wurden. In den Agrarvereinen wurde die Initiative zur Bildung verschiedener korporativorganisationen ergriffen, als der Molkevereine, der Spar- und Kreditvereine nach

dem Typus Raiffeisen und Schultze-Deitlich, der Baugenossenschaften, der Verbände zur Kontrolle des Melkviehes usw. Die Agrarvereine waren der wichtigste Faktor in der Entwicklung des in unserem Land so arg vernachlässigten korporativen Lebens. Sie übten auch ansehnlichen Einfluß auf das Leben des Dorfes, indem sie dessen verschiedenen unerwünschten Aeußerungen, wie Trunksucht, Prozeßsucht, Hang zu Müßiggang usw. bekämpften. Sie beeinflussten auch weiters die Bauern, die sie dazu bestimmten, ihre Kinder, Söhne und Töchter, in die um jene Zeit errichteten unteren landwirtschaftlichen Schulen zu schicken, und sendeten sogar unbemittelte Knaben auf ihre Kosten in diese Schulen.

Sämtliche Agrarvereine vereinigten sich im Zentralagrarverein auf die Art, daß zweimal im Jahr eine allgemeine Tagung stattfand, an der Delegierte sämtlicher Agrarvereine teilnahmen. Diese Tagung erörterte die wichtigsten Fragen der Landwirtschaft des ganzen Landes und wählte zwölf Personen in die Verwaltung des besonderen Ausschusses der Agrarvereine im Zentralagrarverein. Das oberste und leitende Organ der Verwaltung war der Rat des Ausschusses der Agrarvereine, der sich aus den Obmännern und deren Stellvertretern sämtlicher Kreisausschüsse der Agrarvereine zusammensetzte. Der Rat versammelte sich dreimal im Jahr, zog die Berichte und die Anträge der Verwaltung in Erwägung und bereitete die Tagesordnung für die allgemeinen Tagungen vor.

Infolge des Krieges war diese ganze Organisation, die überaus gewandt funktionierte, bemüsst, ihre Tätigkeit zum größten Schaden der Landwirtschaft des Landes einzustellen. Zur Wiederherstellung des normalen landwirtschaftlichen Lebens und zum Wiederaufbau des Landes wäre es in diesem Augenblick angezeigt, die Tätigkeit der Agrarvereine wieder aufleben zu lassen. Die Behörden haben dieser Frage gegenüber einen sehr wohlwollenden Standpunkt eingenommen und so dürften die Agrarvereine ihre Tätigkeit in Bälde wieder aufnehmen.

#### Patronat der Handwerkerjugend.

Infolge der Bemühungen und mit den Mitteln des gemeinsamen Fürsorgekomitees für die Reservistenfamilien wurde noch vor einem Jahr ein Patronat für die Reservistenfamilien entstammende Handwerker- und gewerbliche Jugend gegründet. Nach Auflösung des Komitees wird dieses Patronat gegenwärtig in eine selbständige Institution unter der Benennung „Patronat für die polnische Handwerker- und gewerbliche Jugend“ umgestaltet. Gründer des Vereines sind die Herren Alexander Karszo-Siedlewski, Władysław Leppert, Antoni Mencil, Józef Rzetkowski, Jan Runicki und Frau Helene Zaborowska.

Den Satzungen zufolge bezweckt das Patronat die Erteilung von Beistand in moralischer, geistiger, materieller und gesellschaftlicher Beziehung an die polnische Handwerker- und gewerbliche Jugend beider Geschlechter christlichen Glaubens. Zur Erreichung seiner Ziele beabsichtigt das Patronat, sich folgender Mittel zu bedienen: Errichtung von Schulen und Werkstätten, Vorlesungen, Lesehallen, Bibliotheken, Ausstellungen, Konkurse, Büros für fachmännische Ratschläge, ärztlicher und Rechtsschutz, Erteilung von Unterstützungen und Stipendien, Küchen, Ambulatorien, Spitäler, gemeinsame Heime, Schriften, Broschüren und Bücher, gesellschaftliche Unterhaltungen usw.

#### **Der Wiederaufbau des Königreiches.**

Der Haupt-Fürsorgerat in Warschau hat eine energische vorbereitende Aktion zum Wiederaufbau des zerstörten Landes und Lebens in Angriff genommen. Dem „Kuryer Warszawski“ zufolge bereiten im abgelaufenen Monat Delegierte des Haupt-Fürsorgerates verschiedene Ortschaften zu Agitations- und Organisationszwecken und zur Kontrolle der Arbeitsaufnahme in der Provinz. Die Angelegenheit der Fürsorge für die gefährdeten Architekturdenkmäler wurde vom Ausschuss eifrig unterstützt, der im Einverständnis mit dem Verein für Denkmalschutz die Ortsbürger aufmunterte, Gruppen zur Denkmalpflege zu bilden. Dank dieser Agitation und der Unterstützung des Ausschusses sind solche Gruppen in vielen Ortschaften der Provinz bereits organisiert.

In Lutomiensk beschloß der Fürsorgerat des Łódzer Bezirkes, das zerstörte Kloster in dieser Stadt in eine zweiklassige Schule und einen Kinderhort umzugestalten. Der Delegierte des Ausschusses erteilte die nötigen Informationen und Fingerzeige zu gehöriger Durchführung der Arbeit. In Łódź erteilte der Bauausschuß einem der Landwirte eine Subvention zur Erbauung eines Musterbauernhofes im Sinne der Instruktionen des Bauausschusses am Haupt-Fürsorgerat, um die Bauern der Umgebung durch ein Beispiel zum Wiederaufbau anzueifern.

In Ostrołęka hat sich der Delegierte des Ausschusses mit dem Ortsbürgermeister wegen der Herstellung von Plänen zum Wiederaufbau von Ostrołęka ins Einvernehmen gesetzt. In Goworów bei Ostrołęka, das vollständig niedergebrannt ist, geht der Wiederaufbau nur langsam vorwärts, da es daselbst an technischen Hilfskräften fehlt. Die Sache der Inbetriebsetzung der Ziegelei in der Umgebung dieses Städtchens ist im Zuge. Różany, ein an der Narew malerisch gelegenes Städtchen, erlag infolge der Kriegereignisse vollständiger Vernichtung. Es bedarf ebenfalls technischer Fürsorge. In gleichen Bedingungen befinden sich Maków, Ciechanów, Przasnysz und Węgrów. Im Städt-

chen Czernice Borowe beabsichtigen die Geistlichen der Umgebung, die alte, unschätzbare, masowische Kirche wieder in Ordnung zu bringen.

Ueberdies besuchten die Delegierten zahlreiche Städte in der Landschaft von Łęczycza (Łęczycza, Tum, Sławoszewo), wo mangels technischer Hilfskräfte der Geometer des Ortes sich mit den Angelegenheiten des Wiederaufbaues befaßt. Weiters wurden Łuków, Siedlce und Nowomiasto besucht. In diesen Städten erteilten die Delegierten an Ort und Stelle die nötigen Ratschläge in Sachen des Wiederaufbaues. In Łowicz wurde eine Aktion zur Vereinigung der Handwerker in Angriff genommen, um Spekulationen mit manchen beim Bau nötigen Erzeugnissen zu vermeiden. Das größte Interesse weckte die Angelegenheit der Erzeugung billiger, praktischer und künstlerischer Ofenkacheln; die Muster für die Kacheln werden gerade bearbeitet.

In anderen Büros für Ratschläge in Bauangelegenheiten erteilten deren Leiter den Bauern der Umgebung Instruktionen für den Wiederaufbau von Bauershöfen.

#### **Das k. und k. Verwaltungsgebiet. Erweiterung von Stadtgebieten.**

Das Generalgouvernement publiziert eine Verordnung des Armeekorpskommandanten vom 18. August 1916, die die Ausdehnung der Stadtgebiete von Lublin, Kielce, Radom und Piotrków verfügt.

#### **Sanitätskommissionen für Land und Stadt Zamość.**

Da die Bevölkerung für die Erfordernisse der Hygiene nur ganz geringes Verständnis hat, haben die Behörden die Errichtung von Sanitätskommissionen in allen Dorf- und Stadtgemeinden verfügt, die Hilfs- und Aufsichtsorgane der lokalen Sanitätspolizei sein werden. Aufgabe der Sanitätskommission wird sein, die Mängel auf sanitärem Gebiet zu ermitteln. Insbesondere werden sie sich um die Sauberkeit der Straßen, Wege, Plätze und Wohnungen bemühen und dafür sorgen, daß Lebensmittel, Nutz- und Trinkwasser sanitären Bedingungen entsprechen.

Der Gemeindesanitätskommission werden angehören: Der Ortsvorsteher als Obmann und 36 Personen der lokalen Intelligenz, wie Aerzte, Apotheker, Techniker, Lehrer, Geistliche usw. als Mitglieder.

#### **Verein der Pharmazeuten.**

Lubliner Blätter berichten, daß die Okkupationsbehörden die Satzungen des Vereines polnischer Pharmazeuten mit dem Recht der Wirksamkeit im Gebiet der Landschaften Lublin, Radom, Piotrków und Kielce genehmigt haben.

## Glanz und Verderb der polnischen Republik.

Von Max Goldscheider.

(Fortsetzung.)

### XII.

Jan Łaski's „abenteuerliche“ Steuervorschläge, so unzeitgemäß im frühen Cinquecento des adeligen Polen, wie sie noch unzeitgemäß waren sogar im bürgerlichen Frankreich vor dem jetzigen Weltkriege, waren bald durch andere militärische und finanzielle Reformgedanken ersetzt. Auch deren Durchführung hätte, wenn sie geglückt wäre, der Republik einen bedeutsamen Vorsprung ihrer Staatseinrichtungen vor der übrigen abendländischen Christenheit gegeben. Ein kleines stehendes Söldnerheer sollte zum Grenzschutz aufgestellt werden, einen Teil der Kosten sollte der König aus Eigenem, dann aus städtischen Gefällen und aus einem jährlichen Subsidium der Geistlichkeit tragen, für den Rest sollten die *Szlachta* und die Bauern aufkommen. In ganz Polen, das in fünf Kreise geteilt wurde, setzte man Schätzungskommissionen ein, vor denen die Grundbesitzer ihr Einkommen zu bekennen hatten, in der Form, daß sie die Zahl der Pferde angaben, mit denen zum allgemeinen Aufgebot auszurücken sie verpflichtet waren. Die Kommissionen hatten Rechte der Kontrolle und der Richtigstellung. Für jedes einbekannte Pferd sollte alle fünf Jahre eine Abgabe von zwölf einhalb Gulden bezahlt werden, dafür aber blieb die *Szlachta* frei vom persönlichen Heeresdienst, der Bauer frei vom bisherigen Hufenzins. Von zwei Reichstagen, zuletzt 1514, wurde das Gesetz angenommen, die Schätzungen und Lustrationen nahmen ihren Anfang und für ein Jahrzehnt — verlief die Sache im Sande!

Herr Dr. Zivier schiebt die Schuld im allgemeinen auf den Adel. „Die Masse des Adels setzte der Schätzung der Güter, welche die Reorganisation einleiten sollte, teils offenen, teils passiven Widerstand entgegen.“ Wir sind — wie schon einmal bemerkt — im einzelnen über den Hergang dieser Vereitelung eines bereits beschlossenen Gesetzes selbst nach der Arbeit des Herrn Dr. Zivier nicht genügend unterrichtet. Gewiß hat der Verfasser der „Neueren Geschichte Polens“ recht, wenn er zum Schluß dieses Kapitels sagt: „Nicht an den Einzelheiten, am Ganzen nahm der Adel Anstoß. Er wollte keine neuen Lasten auf sich nehmen, ganz wie die Geistlichkeit, die

ebensowenig daran dachte, die zugesicherten 2000 Gulden dem allgemeinen Wohle darzubringen. Es blieb bei der mittelalterlichen Einrichtung des allgemeinen Aufgebotes, und durch seine Beibehaltung blieb Polen in seiner militärischen Tüchtigkeit und daher auch in seiner politischen Bedeutung zurück.“ Das ist richtig, aber genau dieselben Tatsachen lassen sich mit genau denselben Worten aus der Geschichte aller europäischen Nationen dieses Zeitalters notieren. Von den polnischen Darstellern wissen wir mit aller Bestimmtheit, daß es gerade die Vertreter des Kleinadels, der „Masse des Adels“, waren, die auf den zwei Reichstagen auf das Zustandekommen dieses Gesetzes drangen. Ebenso lassen uns diese Darsteller nicht im Zweifel, daß jene Vereitelung der Einschätzungen, auf denen die Heeres- und Schatzreform beruhen sollte, zunächst von Magnaten ausging, die sich auf Privilegien beriefen. Reichstagbeschlüsse — dies war die Theorie der Magnaten — hätten nicht die Kraft, verbrieft Rechte aufzuheben, die entweder *ad personam* verliehen waren oder an Aemtern hafteten, deren aus Kronländereien bestehende Dotation laut Privileg von Steuern frei zu bleiben hätte. Das Magnatenbeispiel wirkte nun ansteckend nach zweierlei Richtung. Einmal handelten natürlich jene Adeligen, die den unmittelbaren Anhang des Magnatentums bildeten, genau so wie diese großen Herren; zum zweiten erklärte auch der Kleinadel, der vorhin selbst das neue Steuergesetz so eifrig betrieben hatte, er sei nicht gesonnen, sich der Schätzung und der Besteuerung zu unterwerfen, solange die großen Herren nicht genau so dazu herangezogen würden. Aber die Hauptschuld an dem kläglichen Mißerfolg liegt, diesen Darstellungen gemäß, beim König, der auch nicht in einem einzigen Falle von der Fülle seiner Vollzugsgewalt Gebrauch machte, um bei einem gegen Einschätzung und Besteuerung sich sperrenden Magnaten oder Adeligen dem Gesetze Gehorsam zu erzwingen. Der „weiseste“ der Jagellonen hat sich auch bei dieser Frage, und lange bevor er dem Einflusse seiner zweiten Gemahlin Bona und seniler Schwäche verfallen war, mitten in seinem besten Mannesalter nur fähig erwiesen, über unsinnige Gesetze zu jammern, durch die ihm die

Hände gebunden würden, doch auf das kläglichste jene Gesetze außer Gebrauch kommen lassen, die ihm eine Machtfülle boten, wie sie nicht viele andere Monarchen der damaligen Christenheit besaßen.

In Dr. Ziviers „Neuerer Geschichte Polens“ ist nicht eine einzige Tatsache angeführt, durch die die soeben zusammengefaßte Darstellung polnischer Geschichtsschreiber widerlegt würde, und die auf das allerknappste eingeschränkten historischen Betrachtungen sind gerade wegen ihrer Knappheit nur allzu oft geeignet, beim Leser den Eindruck zu erwecken, als wäre das alles, was damals in Polen vorging, ein Unikum der europäischen Geschichte. Daß dem nicht so war, daß in jenem Zeitalter, da sich in Europa der Kampf zwischen den Ständen und der absoluten Fürstengewalt, in Polen der Kampf zwischen dem demokratischen, wenn auch kleinadeligen Parlamentarismus und der vom Magnatentum ausgebeuteten parlamentarischen Anarchie abspielte, es in ganz Europa von Analogien mit den polnischen Vorgängen wimmelte, ist jedem Geschichtsbeflissenen bekannt. Eines der lehrreichsten Beispiele dieser Art ist wohl die Geschichte der Steuer- und Heeresreform, die auf dem Reichstage zu Worms 1495 von Maximilian I. versucht wurde. Gegen eine Reihe von Zugeständnissen, die der Kaiser gewähren mußte, willigten die Stände, vorläufig für vier Jahre, in eine allgemeine Reichssteuer zur Deckung der Kosten des neuen Reichskammergerichtes und der kriegerischen Bedürfnisse.“ Mit der Einsammlung begann man sofort, allein man stieß dabei auf allerlei Hindernisse. Die fränkischen Ritter erhoben in Schweinfurth Einsprache dagegen, daß man sie als freie Franken mit Auflagen belegen wolle: das sei gegen des reichsritterlichen Standes ‚Libertät und Herkommen‘; sie seien bereit, ‚dem Heiligen Reich, römischen Kaisern und der christlichen Kirche jederzeit andere wichtige Korporaldienste mit Schwendung ihres Blutes und kriegerischen Ausrüstungskosten zu leisten, Geld aber wollten sie nicht zahlen‘ . . . Nicht ohne Grund ist auch gesagt worden, daß in einem Volke, das noch halb in der Naturalwirtschaft steckte, eine gleichmäßige Steuer in barem Gelde nicht aufzutreiben war. Deshalb meinten manche, die Städte, wo ja mehr Geld umlaufe, sollten auch mehr zahlen: der ohnehin überbürdete gemeine Mann könne nichts geben. Als man 1498 in Frei-

burg Umfrage hielt, welches Ergebnis die Sammlung gehabt habe, da verweigerten Bayern und Pfalz jede Auskunft; aus den Niederlanden hatte Maximilian fast nichts zusammengebracht, da die dortigen Welschen gar nicht unter dem Reich zu stehen behaupteten; die deutschen Niederländer aber erklärten, sie wollten erst abwarten, was ihre Nachbarn am Rhein täten.“\*) Die Reichssteuer ließ sich nicht durchführen, Versuche bewaffneter Exekution gegen die Schweizer Eidgenossen, die vom Reichskammergericht und vom „gemeinen Pfennig“ nichts wissen wollten, trugen dem Schwäbischen Bund, den Tyrolern, dem Kaiser selbst Niederlagen ein, und „von 1499 ab sind die Schweizer keine ‚Glieder des Reiches‘ mehr. Wie wenig konnte doch mangels einer Organisation eben die Nation leisten, von der ihr König im Jahre 1507 rühmte: sie habe unzählige Fußvölker und mindestens 60 000 reisige Pferde.“

Klingt diese Klage des heutigen deutschen Geschichtsschreibers nicht wie ein getreues Echo der Klagen, welche seit dem frühen XVI. Jahrhundert alle polnischen Staatsmänner und Geschichtsschreiber erhoben, die solchen Namen verdienen? Dabei waren die Grundlagen jenes „gemeinen Pfennigs“ durchaus nicht so „abenteuerlich“ wie das polnische Projekt Łaskis, ja nicht einmal so tiefgreifend wie das polnische Gesetz von 1514. Es war eine Vermögenssteuer von 1 vom Tausend (!) mit Bildung von Genossenschaften der Mindervermögenden, von denen je 24 einen Gulden zahlen sollten. Also durchaus ein „Schoß“ nach den ständischen Steuergrundsätzen des Mittelalters. Trotzdem steht Ranke nicht an, von diesen Entwürfen zu sagen, daß darin ein „großartiger Zusammenhang war“, denn die Steuer sollte eben die Deutschen als Deutsche, nicht etwa als Bayern, Brandenburger usw. erfassen. Nach dem Mißerfolg des „gemeinen oder türkischen Pfennigs“ versuchte man es mit einer Art Truppenaushebung. Es ging damit ähnlich; „noch nach einem Jahr waren die Verzeichnisse der in den Kirchspielen wohnhaften Menschen nicht eingesandt, . . . alles blieb halbvollendet stecken, und als der König von sich aus die Durchführung in die Hand nehmen wollte, ist ein solcher Unwille entstanden,

\*) Professor Dr. Gottlob Egelhaaf: „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation.“ Das Buch stützt sich zum großen Teile auf Rankes großes Werk des gleichen Titels.

daß man an Absetzung des Oberhauptes der Nation gedacht hat.“ Erst 1505 kam die erste „Reichsmatrikel“ zustande, mit deren Einnahmen etwa — 4000 Mann von Reichs wegen aufgebracht werden konnten! Erst die zweite „Reichsmatrikel“ (1521) setzte sich und erreichte ein stattlicheres Ziel.

### XIII.

Wenn dieser Fall aus der deutschen Geschichte hier so eingehend behandelt wird, so geschieht es gerade deshalb, weil vor der Annahme gewarnt werden muß, als ob diese Analogien mit Polen über die Aeußerlichkeiten des Widerstandes gegen Besteuerung hinaus, etwa in die staatsrechtliche Tiefe gingen. Im Gegenteil: Die staatsrechtliche Lage des Königs von Polen war wesentlich günstiger, als selbst die eines so mächtigen Kaisers, wie Maximilian I. oder Karl V. Professor Egelhaaf erwähnt eine Bemerkung Schillers (in der „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“): „... der schwedische Kanzler erfuhr, was dreißig Kaiser vor ihm mit herber Wahrheit empfunden, daß unter allen mißlichen Unternehmungen die allermißlichste sei, von den Deutschen Geld zu erheben.“ Er faßt sodann das ganze Wesen des Falles wie folgt zusammen: „Und zwar ist dieser Widerwille überall gleich: die Fürsten und Herren nahmen sich 1512 selber von Abgaben aus, da sie aus ihrem Kammergut andere Leistungen ans Reich zu machen hätten; die Städte, denen 1507 ein Drittel des Geldes und Fußvolkes aufgebürdet werden sollte, hatten sich beklagt: man wolle sie wie Leibeigene behandeln; am besten werde es sein, man wandere aus, etwa nach Venedig oder der Schweiz, oder auch nach Frankreich. Und dann gewahrt man, wie sehr doch das Wenige, was endlich erreicht wurde, ins Belieben der einzelnen Reichsglieder gestellt bleibt. In dem Streit um die Reichsteuer maßen sich, wenn wir die Schlagworte unserer Zeit anwenden dürfen, der zentralistische und der föderative Gedanke. Indem am Ende die Bewaffnung des Reiches auf Beiträgen der einzelnen Stände beruhte, siegte der letztere über den ersteren. Das ist echt deutsch, und nicht minder der Weg, auf dem das zentralistische Prinzip zum Scheitern gebracht wurde: es ist der des passiven Widerstandes.“ Man ließ den Reichstag beschließen, was

ihm beliebte; man führte seine Beschlüsse einfach nicht aus.“

In Deutschland war nun diese Erscheinung, soweit das Reich in Frage kam, geschichtlich völlig begründet. Denn es war bereits bei dem so weit gediehenen Prozesse der Ausbildung von landesfürstlichen Gewalten, wie Professor Egelhaaf selbst bemerkt, „die Einheit der Interessen, auf der Entwurf sich aufbaute, tatsächlich nicht mehr vorhanden.“ \*) Und die Vollzugsgewalt des Reichsoberhauptes mußte vom Willen der Territorialgewalten abhängen. Zugleich sehen wir aber den Kaiser selbst nicht fähig, das Reichsgesetz dort durchzuführen, wo er als Territorialherr und als Kaiser gebot, in den Niederlanden. Er scheitert am Widerstande der Stände, vor allem des Adels, der einfach nicht zahlen will. Es mußten noch volle zwei Jahrhunderte ins Land gehen, ehe in seiner Steuerallmacht ein preußischer König den Protesten des Adels das Wort entgegenstellen konnte: „Ich stabiliere die souverainité wie ein rocher de bronze“.

Die Abneigung gegen Steuern und Abgaben ist ein Urgefühl aller Menschen und aller Zeitalter. Doch in dem Zeitalter, von dem hier die Rede, hatte sie noch eine besondere Stütze in einer Vorstellung, die uns ganz fremd geworden, die aber selbst noch in England unter Wilhelm III. nicht ganz ausgerottet war. Das war der Gedanke, daß ein König für die Staatsbedürfnisse „aus Eigenem“ aufzukommen habe, etwa wie ein Großgrundbesitzer, und daß nur in besonderen Fällen die Untertanen ihm beistehen sollten, nicht ohne für solchen Beistand von ihm anderweitige Zugeständnisse zu erwarten, zu fordern, wenn es nicht anders ging, zu ertrotzen. Natürlich unter Ausnützung der Zwangslage, in welcher sich — wieder nach damaliger Vorstellung — nur der König, in Wahrheit aber zumeist der Staat selbst befand. Das alles hat Ranke in seiner ausführlichen Darstellung, hat auch Professor Egelhaaf in seiner kürzeren Erzählung voll berücksichtigt. Wegen der Fülle der Tatsachen wird nicht die historische Betrachtung in einem populären Buche zurückgestellt. Sobald es sich um die Beleuchtung der ganz gleichen Erscheinungen in Polen handelt, stellen die Verfasser „volkstümlicher“ Schriften wohl solche historische Betrachtungen

\*) Prof. Egelhaafs Unterstreichungen.

\*) Prof. Egelhaafs Unterstreichungen.

an, aber in einem Sinne, den sie selbst bei Behandlung der deutschen Geschichte als eine an Fälschung streifende Vergewaltigung aller wissenschaftlichen Grundsätze entrüstet zurückweisen würden. Einem wirklichen Gelehrten aber, wie Herr Dr. Zivier einer ist, widerfährt bei der „Zurückstellung historischer Betrachtungen“ leider das Mißgeschick, daß gar zu viele seiner Bemerkungen von den „Auch-Geschichtsschreibern“ als Stützen von Ansichten und — Absichten herangezogen werden können, die dem Verfasser wohl ferne lagen.

Wieder muß hier an die Schlußausführungen erinnert werden, die Caro in seinem fünften Bande der „Geschichte Polens“ über die Stellung des Königs nach der *Constitutio nihil novi* von 1505 gegeben hat. Während im einstigen Deutschen Reich „kein König gegen den geschlossenen Widerstand“ der gesamten Stände „etwas vermocht hätte“, sahen wir selbst einen Alexander von Polen den Versuch der Magnaten zur Aufrichtung einer ähnlichen „Art der Oligarchie über der sonstigen Aristokratie“ — so kennzeichnet Professor Egelhaaf die Stellung der Kurfürsten — durch die Reichstage von Piotrków (1504) und Radom (1505) erfolgreich vereiteln. Der geschlossene Widerstand der *Szlachta*, des „gemeinen Adels“ gegen die Magnaten war das Instrument, dessen er sich bediente, die — vorerst theoretische — Reform des Staatsschatzes auf dem ersten Reichstage, die Verfassungsreform auf dem zweiten durch jene *Constitutio nihil novi* waren die Früchte seines Sieges, die unversehrt das Erbe seines Bruders Sigismund wurden. Herr Dr. Zivier betont nun gelegentlich, daß Sigismund eine Abneigung hatte, sich auf die *Szlachta* zu stützen, die er für ein wenig verlässliches Element hielt, und lieber mit den Magnaten regieren wollte. Diese Bemerkung, bei Darstellung des Mißerfolges des ersten Finanzplanes Sigismunds vorgebracht, hätte für die Leser des Zivierschen Buches unendlich mehr Wert, als an der Stelle, an der sie steht. Wer an dem von Professor Caro angesponnenen Faden festhält, für den ist es ohne weiteres klar, daß selbst geschlossener Widerstand aller Magnaten gegen die Durchführung des Steuer- und Heeresgesetzes von 1514 hätte scheitern müssen, wenn sich der König an die Spitze der *Szlachta* stellte. Daß er es nicht tat,

ist mit seinem Respekt vor Privilegien doch nicht zur Genüge erklärt. Die Scheu vor einem Kampfe trat noch hinzu, die in Wahrheit bei einem Fürsten in solchen Lagen nichts anderes ist, als ein Voranstellen des eigenen Ruhebedürfnisses, der eigenen Bequemlichkeit vor den Bedürfnissen des Staates und vor den Fürstentpflichten. Der Kampf in Polen hätte freilich sehr heftig werden können, er konnte aber ganz gewiß nicht lang werden; vor allem war zu jener Zeit sein Ausgang nicht zweifelhaft. Doch die Aufnahme eines solchen Kampfes durch den König mußte zur Folge haben, daß Sigismund darauf hätte verzichten müssen, zufriedene Magnatengesichter um sich zu sehen. Dieses hatten er und sein Sohn Sigismund August mit Karl I. und Karl II. von England gemein, daß sie beide mehr an die Zufriedenheit ihrer nächsten Umgebung dachten, als an die Unzufriedenheit der großen Menge, die ihnen nicht vor die Augen kam. Auch in den Motiven solchen Vorgehens der vier Könige ist Wahlverwandtschaft nicht zu übersehen. Bei Sigismund I. und Karl I. war es mehr wirkliche persönliche Güte, bei den beiden anderen schon eine kompliziertere Art von Wohlwollen, das erst wartete, bis Bitten oder Forderungen gestellt wurden, die dann aber niemals eine Absage fanden.

Daß aber Sigismund I. die Beschlüsse der Reichstage, die er noch von Alexander überkam, und die Beschlüsse seines eigenen Reichstages von 1514 unausgeführt ließ, hatte noch eine andere Folge, die im Grunde genommen viel verhängnisvoller werden mußte, als die Vereitelung der Schatz- und Heeresreform. Denn es war Sigismund I., der durch die Nichtausführung jener Gesetze den Arm der königlichen Gewalt in Polen zuerst schwach und dann völlig verdorren ließ. Das *brachium regale* in Polen war der Starost, der auf einer königlichen Burg inmitten einer königlichen Domäne saß. Ein altes Gesetz, vom Reform-Reichstage von Piotrków unter Alexander erneuert, statuierte Inkompatibilität des Starostenamtes mit den Großwürden und verbot die Kumulierung von Burgstarosteien in einer Hand. In Piotrków wurde die Einziehung und Neubesetzung aller gegen die Inkompatibilität verliehenen Starosteien beschlossen. Trotz der durch vier Jahrzehnte unablässig wiederholten Forderungen der *Szlachta* setzte Sigis-

m und I. in seiner Achtung für die gegen das Gesetz erteilten Privilegien auf Starosteien nicht aus und fuhr fort, solche Privilegien weiter zu erteilen. Durch solche königliche Gnaden wurden die alten Magnatenfamilien nur noch mächtiger und durch Kumulierungen wuchsen auch neue Magnatengeschlechter heran, besonders seitdem Königin Bona ihren Einfluß zum förmlichen Handel mit königlichen Gnadenakten auf Kosten des Kron-gutes und auf Kosten der königlichen Vollzugsgewalt benützte. Daß die an Mißachtung des Gesetzes reich und mächtig gewordenen Starosten, wie sie zum Schlusse von Sigismunds I. Regierung die Regel bildeten, sich nicht beeilten, Gesetze durchzuführen, die von der Szlachta gegen die Magnaten beschlossen wurden, ist selbstverständlich. Daß Magnaten, die Dutzende von Starosteien in ihren Händen vereinigten, bei der Einsetzung von Unter-Starosten, die nun das Amt versahen, den faktischen Gutsbestand, die Amtsdotation schmälerten, braucht ebensowenig gesagt zu werden, wie daß daraus sich immer wieder endgültiger Uebergang von Kron-gut in Privathände ergab. Das alles sind Prozesse, die sich in ganz Europa

ähnlich wiederholt haben. Doch in jenen ersten Regierungsjahren Sigismunds I. war diese faktische Zersetzung des Starostenamtes, die der Umwandlung des Grafenamtes in Deutschland ähnlich ist und von dieser sich nur dadurch unterscheidet, daß die polnischen Starosten nicht reichsunmittelbare „Stände“ und Landesherren geworden sind, erst in ihren Anfängen. Bei der Stimmung der Szlachta, die bis tief in die Mitte seiner Regierungszeit anhielt, stand dem Könige kein Hindernis im Wege, sich der Starosten ebenso energisch zu bedienen, wie es einst sein Vater Kasimir IV. der Jagellone verstanden. Professor Egelhaaf bemerkt einmal, daß in der deutschen Geschichte so mancher Mann zu Grunde ging, weil er eine nationale Aufgabe lösen sollte, ohne eine Nation hinter sich zu haben. Die nationale Aufgabe der Schatz- und Heeresreform in Polen blieb, als deren Lösung zum ersten Male versucht wurde, unbewältigt, weil sich wohl die Szlachta-Nation in Reih und Glied stellte, aber der König, dem die Leitung dieser treibenden Kraft naturgemäß zufiel, sich der Nation an einer entscheidenden Stelle versagte.

(Fortsetzung folgt.)

## Vom Lesetisch des Krieges.

**Notatki osobiste Władysława Bentkowskiego z roku 1863** (Persönliche Aufzeichnungen Władysław Bentkowskis aus dem Jahre 1863). Krakau, 1916. Zentral-Verlagsbüro des Obersten National-Komitees.

Als Doppelbändchen der „Kleinen Bibliothek des Legionärs“ unter der redaktionellen Leitung des Krakauer Universitätsprofessors Dr. W. Tokarz erscheinen nun die Notizen des Stabschefs des Diktators Maryan Langiewicz aus dem Aufstande 1863, Władysław Bentkowskis (über das erste Bändchen s. „Polen“ Nr. 79). Seine Aufzeichnungen umfassen nur acht Tage (12. bis 20. März 1863) und damit die letzte Woche der Abteilung und der Diktatur Langiewicz. Es ist also nicht gerade die glücklichste Zeit des Aufstandes, die aus diesen Notizen näher kennen gelernt werden soll. Und es erhebt sich die Frage, ob es mit gutem Recht geschieht — in Hinblick nämlich auf das Ziel, das man dieser Handbibliothek des polnischen Soldaten von heute und von morgen — sehen wollte. Und doch sei nach genauerer Erwägung aus dieser Wahl kein Vorwurf der Redaktion gemacht. Im Gegenteil, es muß in dieser Darbietung strenger und schmerzlicher Wahrheit ein Zeugnis festen Vertrauens in dem heutigen Legionär erkannt werden. Es handelt sich nicht darum, ihm nur anfeuernde, erfreulich stimmende Abschnitte der polnischen Geschichte dazureichen. Auch dadurch, daß er tiefere Einsicht

in Fehler seiner Vorgänger, in manchen Mangel der erforderlichen Militärkenntnis und sogar in den Mangel unentbehrlicher Beharrlichkeit in ungünstiger Lage gewinnt, wird er selbst vor Aehnlichem geschützt und eines Besseren belehrt. Besonders, wenn ihm, dem Kämpfer, diese Mängel der Vergangenheit nicht in moralisierenden Predigten, sondern in strikter strategischer Analyse, mit Berichtigung begangener Fehler verknüpft, geschildert werden. Dies ist aber in den Aufzeichnungen Bentkowskis völlig verwirklicht. Mit Recht sagt die Redaktion, daß „dieses Tagebuch einer der wenigen Beweise einer militärischen Sachkenntnis bei den Teilnehmern des Jahres 1863“ ist, und daß es „eher an unsere glänzenden militärischen Schriften aus dem Jahre 1831 erinnert“. So wird der dieses Tagebuch heute lesende polnische Soldat Gelegenheit haben, über manches nachzudenken und vieles mit den Bedingungen des gegenwärtigen Kampfes und den Eigenschaften des Legionskämpfers zu vergleichen.

Besonders wird es dem aufmerksamen Leser nicht entgehen, daß in dieser kurzen Wochenfrist, bei so mangelnder Schulung des Soldaten, es doch gelungen ist, einige Vorteile (bei Chrobry) und sogar einen Sieg (bei Grochowiska) zu erringen. Jedesmal dank mutiger Standhaftigkeit, mit der kleine Abteilungen der Uebermacht die Stirn boten. Ein schmerzlicher Vorwurf, der nicht die heldenmütigen Scharen trifft, regt sich dabei, daß — wären diese Scharen nicht so ganz auf sich allein angewiesen gewesen, nicht so furcht-

bar durch Mangel an Munition und Verproviantierung erschöpft — vielleicht dieser Kampf mit einem nicht nur für Polen bedrohlichen Feinde anders hätte ausfallen können. Dies läßt sich aus der Zähigkeit, mit der die um so viel schwächeren Aufständischen diesen Kampf über ein Jahr durchführten, und aus ihren verhältnismäßig zahlreichen Erfolgen vermuten.

Bentkowski's Aufzeichnungen wirken also erzieherisch auf den militärischen, aber ebenso auf den national-bürgerlichen Sinn. In dieser Hinsicht besonders durch die aus ihnen ersichtliche patriotische Sorge und Mühe, alle wahrgenommenen Fehler in der Abteilung, deren Chef er wurde, zu beseitigen, und nicht minder durch den Lebenslauf des Verfassers, den wir aus der Einleitung kennen lernen. Wie nahe stehen ihm manche unserer heutigen Legionssoldaten und Legionsoffiziere. Als dreizehnjähriger Knabe beteiligte er sich schon, seinen Kräften gemäß, an dem Kampfe des Jahres 1831. Dann studierte er Jus und gewann eine goldene Medaille für seine Dissertation über polnische Landtage. Eine glänzende Zukunft harrete seiner auf dem Gebiete der Wissenschaft. Wie so manchen, dessen Name heute auf der ehrenvollen Totenliste der polnischen Legion steht . . . . Die Eindrücke seiner Jugend ließen in ihm den starken Wunsch zurück, noch einmal mit gereifter Manneskraft an einem Polen-

kriege teilzunehmen. Gegen 1840, als die Hoffnungen der gedrückten Völker lebhafter wurden, tritt er, alle Hindernisse überwindend, ins preussische Heer ein, um die nötige Schulung zu erlangen, und wird bald, in Anerkennung seiner Fähigkeiten Artillerieoffizier. 1848 kämpft er (nachdem er auf sein Ersuchen demissioniert worden) in Ungarn, wird Major und zeichnet sich durch heroische Standhaftigkeit bei dem Rückzug auf Orsova aus, den er mit seiner Batterie deckt, auf seinem Posten bis zum letzten Moment ausharrend. Das Jahr des polnischen Aufstandes findet ihn im Herzogtum Posen, wo er bereits elf Jahre Abgeordneter im preussischen Landtag war. Ohne Bedenken verläßt er seinen politischen Weg, um den Traum seines Lebens zu erfüllen. So ist Bentkowski ein wahrer Typus des polnischen Patrioten und Freiheitskämpfers, in Friedenszeiten durch bürgerliche Arbeit nützlich, auf den ersten Ruf bereit, seine in dem Gedanken an die gewiß einmal kommende Notwendigkeit erworbenen Fachkenntnisse der vaterländischen Wehr zu widmen. Ein Vorgänger all jener jungen Dichter, Schriftsteller, Künstler, Gelehrten, die vor dem gegenwärtigen Kriege sich in den Strzelzen-Organisationen ausbildeten, um dann in den kämpfenden Reihen zu stehen. Ob es vielen gegeben sein wird, wie Bentkowski, noch später der vaterländischen Sache zu dienen?

## Wirtschaftliche Mitteilungen.\*)

Die Handelsabteilung des Lubliner Landwirtschaftlichen Vereines entwickelt sich während des Krieges sehr bedeutend. Beweis dessen die Tatsache, daß der Gesamtumsatz, der im Jahre 1915 1773 099 Rubel betrug, sich im Jahre 1916 bis zum 1. Oktober auf 3 573 102 Rubel erhöhte. Es sei bemerkt, daß zu dieser Erhöhung in erster Linie der Handel mit Lebensmitteln beitrug, die mit einem Gewinn von 1 Prozent verkauft wurden. Bekanntlich hat die Handelsabteilung des Lubliner Landwirtschaftlichen Vereines ihre Tätigkeit auf die ganze Lubliner Landschaft ausgedehnt. Es ist sonach interessant, die Entwicklung der Filialen auszuweisen. Zamość hatte einen Umsatz von 264 000 Rubel, Opole von 232 000 Rubel, Rachów 111 000 Rubel, Kraśnik 258 000 Rubel, Siedliszcze 53 000 Rubel, Puławy 473 000 Rubel und die am 1. Juli d. J. errichtete Filiale in Krasny-staw 73 000 Rubel. Die Zentrale der Handelsabteilung des Lubliner Landwirtschaftlichen Vereines samt den Filialen zahlte ihren Angestellten an Gehältern 51 213 Rubel und an Remunerationen und Teuerungsbeträgen 25 000 Rubel aus.

**Wiederinbetriebsetzung polnischer Eisenwerke.** Dem „Berliner Tageblatt“ wird gemeldet: Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die österreichisch-ungarische Regierung in nächster Zeit die Hochofenwerke in Dąbrowa in Kongreß-Polen und wahrscheinlich auch die dortigen Stahlwerke wieder in Be-

trieb zu setzen. Bis jetzt standen von den Berg- und Hüttenwerken im Dąbrowaer Gebiet nur die in das österreichisch-ungarische Verwaltungsgebiet fallenden Kohlengruben sowie die Eisenerzgruben und einige Metall-erzförderungsanlagen in Betrieb. Nun sollen auch die bei der Vertreibung der Russen von diesen größtenteils gesprengten Eisenhochöfen wieder in Betrieb genommen werden, desgleichen die polnischen Stahlwerke. Ein Tarif für die Eisenerz- und Kokszufuhr nach Dąbrowa wurde von der Heeresbahn Nord bereits hergestellt und publiziert. Inwieweit die polnischen Eisen- und Stahlwerke die Produktion Oesterreichs zu erhöhen in der Lage sind, kann man aus nachstehenden Zahlen ersehen: Im Jahre 1913 wurden im Dąbrowaer Revier 68 Millionen Meterzentner Steinkohle und 3,1 Millionen Meterzentner Eisenerze gefördert. In diesem Jahr standen sieben Eisenhochöfen im Betrieb, die 4,2 Millionen Meterzentner Roh-eisen erzeugten. An Halbfabrikaten wurden 6 Millionen Meterzentner, an Fertigwaren in Eisen und Stahl 4,7 Millionen Meterzentner erzeugt.

**Die Bevölkerungsdichtigkeit Warschaus.** Die Posener „Gazeta Narodowa“ schreibt: Nach dem jüngst bearbeiteten, vom Magistrat bereits angenommenen Plan wird die Grenze von „Groß-Warschau“ 45 Werst Länge haben und die Stadt 12 000 Gevierthektar oder 2400 Joch einnehmen. Auf Grund dieser Daten kann man annäherungsweise die Bevölkerungsdichtig-

\*) Unter Mitwirkung des „Oekonomischen Institutes des Obersten National-Komitees“.

keit in „Groß-Warschau“ ermitteln und Zunahme sowie Abnahme dieser Dichtigkeit vergleichen. Knapp vor dem Aufstand 1863 machte das Gebiet Warschau nach Sobieszczański 1894 Desjatinen, das sind 1705 Hektar bei einer Anzahl von 156 072 ständigen Bewohnern aus. Das heißt, die Bevölkerungsdichtigkeit betrug auf ein Hektar 92 Personen oder auf einen Bewohner Warschaus entfiel eine Fläche von 105 Geviertmeter. Im Jahre 1912, das ist zur Zeit der allgemein bekannten Uebervölkerung Warschaus und dessen Einengung durch die Befestigungswerke, berechnete man das Stadtgebiet auf 3100 Hektar bei einer Bevölkerung von 821 369 (ohne Militär). Es will dies sagen, daß die Bevölkerungsdichtigkeit 265 Personen auf ein Hektar betrug oder daß auf einen Bewohner 38 Geviertmeter entfielen. Gegenwärtig besitzt „Groß-Warschau“ bei einem Gebiet von 12 000 Hektar und einer Bevölkerung (mit den einverlebten Vororten) von 907 000 Einwohnern im Durchschnitt 75 Einwohner auf ein Hektar oder daß auf eine Person 130 Geviertmeter Fläche entfallen. Wir sehen also, daß vor dem Jahr 1863, zur Zeit normaler Entwicklung der Hauptstadt, in Warschau auf einem Hektar 92 Menschen wohnen, im Jahr 1902, zur Zeit des Grundstückfiebers und der hieraus folgenden Wohnungsnot, die Dichtigkeit der Bevölkerung sich bis zu 265 Personen auf ein Hektar erhöht und endlich, daß gegenwärtig in „Groß-Warschau“ infolge der Einverleibung neuer Gebiete diese Zahl auf 75 Einwohner pro ein Hektar sinkt und sogar weniger als im Jahr 1863 ausmacht. Zum besseren Vergleich sei erwähnt, daß „Groß-Krakau“ vor dem Krieg 3370 Hektar zählte, das ist auf ein Hektar 43 Einwohner, also auf einen Einwohner 230 Geviertmeter Fläche entfielen. Lemberg hatte 3000 Hektar; auf einem Hektar wohnten 66 Personen, auf einen Einwohner entfielen 150 Geviertmeter. Posen hatte 3391 Hektar; auf einem Hektar wohnten 46 Personen, das ist auf einen Einwohner entfielen 217 Geviertmeter.

**Die Verschuldung der Städte im Königreich.** Die Warschauer Blätter stellen fest, daß fast alle größeren Städte des Königreiches gezwungen waren, zur Erhaltung des infolge der ungewöhnlichen Kriegslasten gestörten Gleichgewichtes im Budget Anleihen aufzunehmen. Unter anderen nahm die Stadt Łódź eine Anleihe von 900 000 Rubel zu 5 Prozent und 10 Millionen Mark zu 7 Prozent auf; Płock entlieh 100 000 Rubel von der Warschauer Industriebank; Włocławek nahm vom Wechselseitigen Kreditverein ein kurzfristiges Darlehen im Betrag von 100 000 Rubel zu  $6\frac{3}{4}$  Prozent auf und Tomaszów rawski erhielt 100 000 Rubel in Bons der Stadt Łódź als unverzinsliches Dar-

lehen und entlieh 10 000 Rubel zu 8 Prozent von einer Privatperson.

**Atlas der Kriegsschäden im Königreich.** Dem Haupt-Fürsorgetrat wurde von Kazimierz Mayzner ein Antrag auf Schaffung eines „Atlas der Kriegsschäden“ vorgelegt, der entsprechend der allgemeinen europäischen Tendenz, verschiedene Schlußfolgerungen in Bildern darzustellen, die sich auf statistische Zahlen stützen und auf diese Weise die praktische Betätigung des Politikers erleichtern, während der Friedensberatungen eine gewichtige Rolle spielen würde.

**Patronat der Kreditgenossenschaften im Königreich.** Im Königreich Polen bestehen gegen 700 Kreditgenossenschaften, deren Tätigkeit unter russischer Herrschaft unter der Kontrolle der Gouvernementskommission für Angelegenheiten kleinen Kredites stand. Diese Genossenschaften sind zweifacher Art: mit und ohne Anteile, und die Kontrolle über sie übte die Gesellschaft und besonders russische Inspektoren, denen es stets einzig darum zu tun war, daß diese Genossenschaften ihre finanziellen Operationen im Sinne der Staatsbank führen und mit ihr in enger Verbindung verbleiben. Von der Popularisierung des Genossenschaftswesens durch die Regierung war keine Rede. Die russische Regierung behandelte diese Angelegenheiten bürokratisch und trat auf diesem Gebiet durchaus nicht initiativ auf. Im Gegenteil, sie beengte bloß die in dieser Richtung geführte soziale Arbeit. Nach Maßgabe der Entwicklung der Genossenschaften begann die Gesellschaft sich um die Errichtung einer Institution zu bemühen, die sie mit ihrer Fürsorge zu umgeben hätte. Die Initiative hiezu ging von der Landwirtschaftlichen Zentralgesellschaft im Königreich aus, die ein besonderes Büro errichtete, um den Kreditgenossenschaften fachmännischen Beistand zu leisten, und die zu diesem Zweck Instruktoren engagierte. Aus den Berichten der Instruktoren ging hervor, daß nur wenige Genossenschaften einwandfrei funktionierten, daß dagegen in den Dörfern, wo Männer von geringer Intelligenz die Obmänner waren, die Bilanzen, Rechnungen und Handelsbücher unter aller Kritik geführt waren. Es wurden nun einige Kurse für Buchhalter errichtet und ein zahlreicheres und intelligenteres Personal herangezogen, doch erwies sich derartige Hilfe als ungenügend. Infolgedessen hat nun nach der Flucht der russischen Behörden die Landwirtschaftliche Zentralgesellschaft das ausschließliche Patronat über die Kreditgenossenschaften übernommen und eigene Instruktoren delegiert. Zweck ihrer schwierigen Arbeit war die Belebung der aus verschiedenen Gründen nicht funktionierenden Genossenschaften, die sich nunmehr unter diesem Einfluß am besten entwickeln.

## Kleine Mitteilungen.

**Bolesław Adam Baranowski †.** Am 5. Oktober verschied in Lemberg der Landesschulinspektor Bolesław Adam Baranowski. Im Jahre 1844 in Waszkoutz in der Bukowina geboren, absolvierte er das Gymnasium in Stanislaw (1863), wohin er elf Jahre später als Lehrer zurückkehrte. Als Hörer der philosophischen Fakultät in Lemberg widmete er sich hauptsächlich der Linguistik, der polnischen Literatur, die dazumal von Małeckı vorgetragen wurde, sowie der Geographie. Seine pädagogische Karriere begann er am Franz Josef-Gymnasium in Lemberg. Von da ging er an das männliche Lehrerseminar in Stanislaw, wo er auch die Leitung einer privaten höheren Mädchenschule, die vom Pädagogischen Verein erhalten wurde, übernahm. Im Jahre 1876 wurde er Bezirksschulinspektor, im darauffolgenden Jahr Inspektor der Schulen des Lemberger Kreises und acht Jahre später Landesschulinspektor. Baranowski war auch im Pädagogischen Verein hervorragend tätig und arbeitete außerdem viel auf literarischem Gebiet. Seine „Ethnographische Skizzen von der Balkanhalbinsel“, „Mickiewicz'sche Pädagogik“ und viele andere ästhetische und kritische Aufsätze, seine Publikationen für die Jugend und für das Volk zeigten ihn als einen Schriftsteller von großer literarischer Kultur. In Gemeinschaft mit Ludwik Dziedziec gab Baranowski im Jahre 1875 ein Lehrbuch der Geographie für Mittelschulen heraus, das sechs Auflagen erlebte. Der Verstorbene verstand es, die Pflichten seines Amtes mit Bürgersinn zu verbinden und seinen Untergebenen gegenüber ließ er sich trotz der hohen Anforderungen, die er an sie stellte, stets auch von herzlichem Wohlwollen leiten. So erfreute er sich denn der Achtung und der Sympathie seiner Untergebenen. Baranowski war Ehrenbürger der Stadt Sokal, Hofrat und Ritter des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse.

**Helene Heryng †.** Am 13. Oktober starb nach längerer Krankheit Frau Helene Heryng im Alter von 58 Jahren. Die Verstorbene betätigte sich hervorragend auf sozialpolitischem Gebiet. Sie arbeitete in den ersten sozialistischen Organisationen mit Warynski (im Jahre 1877), wofür sie zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Ihren tätigen Anteil an der zweiten Organisation (1879) büßte sie mit anderthalbjähriger Präventivhaft und halbjähriger Strafe im Administrationswege, worauf sie freiwillig nach Sibirien reiste, wo sie den zur Verbannung verurteilten bekannten Volkswirt und sozialpolitischen Kämpfer Heryng heiratete. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat ging sie wieder an ihre frühere Tätigkeit und so lange ihre Kräfte reichten, widmete sie sich sozialer Arbeit. In den Jahren 1905 bis 1907 nahm sie an der Bewegung der polnischen sozialistischen

Partei teil, in der letzten Zeit im Büro für Obdachlose, im Verein für Frauenschutz, dessen Schriftführerin sie war.

**Verschleppte polnische Kunstdenkmäler in Rußland.** Aus Freiburg (Schweiz) schreibt man: Ein seit Kriegsausbruch in Moskau internerter Krakauer Kunsthistoriker, der als Schriftführer des Ausschusses für Pflege der Kunstdenkmäler und der Kultur am polnischen Komitee tätig ist, berichtet unter dem 8. September, daß der Ausschuß ein großes Lager eingerichtet und daselbst aus verschiedenen entlegenen Gegenden verschleppte polnische Denkmäler der Kunst und Kultur als Deposite untergebracht hatte. Die Anzahl solcher Gegenstände beträgt bisher über 2000 Stück. Etwa 30 Delegierte des Ausschusses retten derlei Kunstdenkmäler in der Provinz und schaffen sie an sichere Stellen. Es wurde ein behördlicher Befehl verlangt, der die Feilbietung von Kunstdenkmälern auf den Eisenbahnen verbietet. Es wurden die Stellen eruiert, wo über 20000 verschleppte Glocken hinterlegt sind, davon die Hälfte aus katholischen Kirchen. Gegenwärtig untersuchen Ausschussmitglieder in der Provinz diese Glocken und konstatieren an den inneren Wandungen die Inschriften, die ein Fingerzeig dafür sind, woher die Glocken verschleppt wurden. Schließlich werden alte Werke der polnischen Literatur und Kunst in zwölf russischen Bibliotheken und Museen inventarisiert. Der Text des Briefes, der diese Informationen enthielt, wurde von der russischen Zensur zum Teil gestrichen.

**Auffindung einer wertvollen polnischen Handschrift.** Die Bibliothek der Familie Raczyński in Posen hat sich in letzter Zeit durch eine wertvolle unbekannte Handschrift aus dem XVII. Jahrhundert bereichert. Es ist dies das Tagebuch des Adam Rey, eines Urenkels des Dichters Mikołaj Rey aus Nagłowice. In diesem Tagebuch verzeichnete der Verfasser getreu und emsig die Eindrücke seiner Reisen in Deutschland, Holland, Dänemark und auch im Heimatland. Es zeigt sich uns darin ein gebildeter Geist, der sich über sämtliche Erscheinungen Rechenschaft abzulegen imstande ist, trotzdem er zu Phantasterei neigt. Im Tagebuch befinden sich auch zahlreiche Einzelheiten, die höfische Dinge betreffen, über die der Verfasser, wie es scheint, durch seinen Bruder Stanislaus, Sekretär des Königs Sigismund III., unterrichtet wurde. Unter anderem ist dort mit der Genauigkeit eines fixen Reporters das Leichenbegängnis des Königs Sigismund und seiner Gemahlin, die Krönung König Władysław IV. usw. beschrieben. Außer dem Tagebuch Reys

enthält die Handschrift noch eine „Silva Rerum“, worin sich interessante Briefe und Reden des Thronfolgers Kazimierz, des Tomasz Zamoyski und Rafał Leszczyński, die Beschreibung des Leichenbegängnisses der Tochter des Lubliner Wojewoden, Fräulein Teńczyńska, endlich verschiedene Gedichte befinden. Diese bisher unbekannte Handschrift erhielt die Raczyński-Bibliothek von ihrem Bibliothekar Bederski, der sie wieder vom Gymnasialprofessor Bauch in Breslau erhielt, der einer Pastorenfamilie in Oberschlesien entstammt, wo sich angeblich noch ein zahlreicher handschriftlicher Nachlaß nach polnischen Dissidenten befinden soll.

**Versenkte Weichselschiffe.** Als die Russen Dęblin panikartig verließen, gebrach es ihnen an der Zeit, die hier aufgestapelten Vorräte an Lebensmitteln und Munition mitzunehmen. Diese Vorräte wurden von ihnen zum Teil vernichtet und zum Teil fielen sie in die Hände der Verbündeten. Die heimische Bevölkerung erzählte auch, daß die Russen aus dem von ihnen in die Luft gesprengten, neben dem „Fort Gortschakoff“ gelegenen Pulverturm einige Tage lang Pulvervorräte hinausführten und sie in den Teichen und in der an der Festung vorbeifließenden Weichsel versenkten. Man erzählte auch viel von in der Weichsel versenkten mit Munition und Proviant beladenen russischen Schiffen. Die vom Militärkommando eingeleiteten emsigen Nachforschungen blieben nicht ohne Resultat. Man kam nämlich auf die Spur einiger größerer, der russischen Weichsellofflotte angehöriger Schiffe, die in der an dieser Stelle 30 bis 40 Meter tiefen Weichsel in der Nähe der Mündung des Wieprz versenkt wurden. Eines dieser Schiffe wurde bereits zur Hälfte gehoben. Hierbei stellte man fest, daß sich in den Kammern unter dem Schiffsdeck eine größere Anzahl vollkommen unversehrter, gebrauchsfähiger Fleisch- und Gemüsekonserven befindet. An der Hebung der übrigen Schiffe wird energisch gearbeitet.

**Aegypten für Polen.** „Kuryer Poznański“ empfing ein Exemplar der im Jahre 1916 unter dem Titel „L'Égypte pour la Pologne en 1915“ herausgegebenen Broschüre. Sie enthält Mitteilungen über die vom Delegierten des Sienkiewicz-Komitees Ingenieur Mieczysław Geniusz in Port Said für Polen initiierten und durchgeführten Hilfsaktion. Im Wege von Privatsammlungen, von Sammlungen in Kirchen usw. wurden in der ägyptischen Hauptstadt insgesamt Francs 36 347,74 eingebracht. An der Spitze des Komitees „L'Égypte pour la Pologne“ stehen der englische Kommissär in Aegypten, die Vertreter der Koalitionsmächte und eine Anzahl lokaler Notabler. Unter den Spendern befinden sich der ägyptische Sultan und zahlreiche hervorragende Aegypter.

**Volhynisches Fieber und Maas-Fieber.** In Volhynien ist eine neue Krankheit aufgetreten, ein Fieber, das sich mindestens alle fünf Tage wiederholt. Die ersten Fälle wurden als Malaria betrachtet. Später stellten indessen die Aerzte fest, es sei nicht Malaria, da sowohl Chinin als auch Aspirin versagten. Manche Aerzte waren der Ansicht, es handle sich doch um ein Weichselsefieber, aber auch diese Anschauung wurde fallen gelassen. Die Aerzte legten der neuen Krankheit verschiedene Benennungen bei und einigten sich endlich auf die Bezeichnung „Volhynisches Fieber“, da die ersten Fälle in Volhynien festgestellt wurden. Es stellte sich indessen heraus, daß ähnliche Krankheitsfälle in Frankreich an der Maas vorkamen, wo sie von den deutschen Aerzten als „Maas-Fieber“ bezeichnet wurden. Ein gründliches therapeutisches Mittel gegen diese Krankheit ist Arsenik, das sie in kurzer Zeit beseitigt. Man vermutete, daß die Laus Ueberträger dieser Krankheit ist, die nach gründlicher Entlausung der Menschen verschwindet. Nun wurden aber zwei Aerzte, die sich versuchsweise von einer verseuchten Laus beißen ließen, von dieser Krankheit nicht befallen, so nach kann die erwähnte Vermutung nicht als einwandfrei gelten.



Die geehrten Abnehmer werden höflichst um rechtzeitige Erneuerung des Bezuges für das vierte Vierteljahr ersucht. — Die Administration der Wochenschrift „Polen“, Wien, I., Wipplingerstraße Nr. 12. — Postscheckkonto 150.678.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Anton Chmurski. — Druck von Carl Herrmann, Wien, IX., Alserstr. 50.

Nachdruck sämtlicher Artikel der Wochenschrift „Polen“ mit oder ohne Quellenangabe gestattet.

# Nakłady Centralnego Biura Wydawnictw N.K.N.

Bandrowski-Kaden „Bitwa pod Konarami“ K	2.—
— „Piłsudzycy“ . . . . .	2.50
Bandurski Wł. ks. Biskup „Polska a Rosya w pieśni największych wieszczów narodu“ . . . . .	1.—
Cwikowski S. „Pierwszy ogień“ . . . . .	2.50
Dzikowski St. „Rok wojny w Warszawie“ . . . . .	1.60
Jaworski W. L. Prezes. „Mowy“ . . . . .	1.—
Grudziński-Pększyce „Zapiski Porucznika“ . . . . .	—40
Kalendarz na rok 1916 . . . . .	2.50
Kisielewski J. „Krwawe drogi“ . . . . .	2.20
Merwin. „Leg. w boju. II. Bryg.“ 2 t. . . . .	4.—
Mondalski W. „Z III-im pułkiem Legionów“ (w druku.)	
Opalek M. „Dzieciom polskim w wielkim roku wojny“ . . . . .	1.—
Rydel Lucyan. „Warszawa“ . . . . .	—60
— „Wilno“ . . . . .	—60
Romin S. „Z notatek legionisty“ . . . . .	3.—
Różycki K. „Pamiętnik Pułku Jazdy Wołyń- skiej 1831“ . . . . .	—60
Sieroszewski. „Józef Piłsudski“ . . . . .	2.—
Tetmajer K. „O żołnierzu polskim“ . . . . .	1.50
Tokarz W. „Żołnierze kościuszkowscy“ . . . . .	—80

Album Legionów Polskich zeszyt I. . . . .	K 1.—
Matejki „Polonia“ reprodukt. wyd. zwykłe . . . . .	3.—
— „Polonia“ reprodukt. wyd. wytworne . . . . .	10.—
Medal na cześć Rutowskiego według pro- jektu Prof. J. Raszki, wielkość 6 mm . . . . .	6.—

## WYDAWNICTWA INSTYTUTU EKONOMICZNEGO N. K. N.

Dr. Bolland. „Co produkuje Galicya . . . . .	K —.80
Dr. Buzek. „Pogląd na wzrost ludności ziem polskich w wieku XIX“ . . . . .	2.—
Dr. Górski A. „Braki krajowej produkcji w Galicyi“ . . . . .	3.—
Milewski Edward. „Kooperacya i jej zna- czenie w Polsce“ . . . . .	1.50
Dr. Schmidt S. „Kolonizacya wewnętrzna“ . . . . .	—50
Till Ernest. „Nowela do kodeksu cyw. austr.“ . . . . .	2.50

## Wydawnictwa Biura Prac Ekonomicznych N.K.N.

„Środkowo-Europejski Związek Gospodarczy  
i Polska“, studia ekonomiczne, str. 213 K 5.—

## Biblioteka polityczna N.K.N.

Dr. Jodko W. „Polska a państwa neutralne“ K	1.—
Kulczycki L. „Państwa centralne, Rosya a Polska“ . . . . .	1.60
— „Austria a Polska“ . . . . .	1.10
— „Anglia, Francya a Polska“ . . . . .	—60
Wasilewski L. Rosya wobec Polaków w dobie konstytucyjnej . . . . .	1.20
— „Polityka narodowościowa Rosyi“ . . . . .	1.60
— „Dzieje męczeńskie Podlasia“ . . . . .	1.—

Wydawnictwa C. B. W. są do nabycia: **KRAKÓW**, Retoryka 5  
w WIEDNIU, Kram Gospody, IV., Weyringerstraße 14 i księgarnia M. Perlesa, I., Seilergasse 4.

## Geschichte Polens

in allgemeinen Umrissen.  
Von Prof. Dr. AUGUST SOROŁOWSKI.  
Preis Kr. 2.— = Mark 1.50.

## Neue Polenlieder

1914—1915 | Gesammelt von ST. LEONHARD.

Verlag des Obersten Pol-  
nischen National-Komitees.

Kommissionslager: K. u. k.  
Hofbuchhandlung M. Perles,  
Wien, I., Seilergasse 4 und  
Kram Gospody Legionistów,  
Wien IV., Weyringerstraße 14.

PREIS  
K 1.—

Soeben erschienen:

## Wege und Ziele der polnischen Kultur

von

Dr. Eduard Goldscheider.

Preis K 4'80

Verlag: K. u. k. Hofbuchhand-  
lung M. PERLES, Wien, I., Seiler-  
gasse Nr. 4.

Verlag: Wochenschrift „Polen“, Zentralvertrieb: H. Goldschmidt, Wien, I., Wollzeile Nr. 11.

PREIS: 2 KRONEN — 1.50 MARK

# BERTA ZUCKERKANDL: POLENS MALKUNST

Verlagsbuchhandlung Karl CURTIUS, Berlin, W. 35.

Preis: Vierteljährlich Mark 2.50 — Kronen 4.50  
Einzelheft: 40 Pfennig = 50 Heller

Schillerstraße Nr. 28

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg,

Herausgeber:

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats

Zeitschrift für Politik,  
Kultur und soziales Leben

## „Polnische Blätter“

BERLIN  
Verlag von Karl Curtius  
Preis 0,80 Mk.

Die polnische Literatur  
der Gegenwart.  
Eine Skizze von W. FELDMAN.  
Neuerscheinung.

WIEN, IX. ALSERSTR. NR. 50

Telephon Nr. 22.833

empfehle ich zur Herstellung  
aller vorkommenden Buchdruck-  
arbeiten in Schwarz- sowie  
Buntdruck bei sauberster Aus-  
führung und kürzester Frist zu  
mäßigen Preisen. Herstellung  
von Broschüren und Werken  
in sämtlichen Landessprachen  
Reichhaltiges Schriftmaterial  
für Broschüren, Zeitschriften,  
Werke, Kataloge, Prosclaten,  
Prospekte, Plakate, Trauungs-  
anzeigen usw. Massendruck  
schnell und außerdem billig.

### CARL HERRMANN

Verlags-Buchdruckerei  
mit Zeitungs - Verlag

Preis 1.20 Mk.

- I. Der Sinn des Krieges . . . . . 7
- II. Das Ausleben des polnischen Problems . 14
- III. Deutsche Befürchtungen . . . . . 27
- IV. Die Ukrainer . . . . . 39
- V. Die Judenfrage . . . . . 48
- VI. Um die gemeinsame Sache . . . . . 62

Inhalts-Verzeichnis:

## deutsch-polnische Ausgleich

von W. FELDMAN.

und der

## Die Zukunft Polens

Berlin W. 35 ist erschienen:

Im Verlage von Karl Curtius in



Exp. Stan. Zielinski, I

as